

Wurde die härtere Taktik, die unter Herrn v. Rohr ehrlich war, wieder hervorgekehrt wissen. Demgegenüber wird aber zu bedenken sein, daß das damalige Verhältnis zwischen Bayern und dem Reich, das förmlich von einer Kritik in die andere führte, auf die Taktik unvergänglich aufrechterhalten bleiben konnte, sondern lebten Endes zum Chaos führen mußte. Die Atmosphäre der Verhandlungen zwischen Berlin und München, die Graf Verdenfeld in jüngerer Zeit im Wege des freundsbefürchteten Verhandlungswesens und des verständigen Ausgleichs geschlossen hat, ist für beide Seiten gleich günstig und verhältnißmäßig für die Zukunft die besten Erfolge, ohne daß Bayern genötigt gewesen wäre, irgendeinem wesentlichen bairischen Interesse oder irgend einem eigenen grundlegenden Standpunkt preiszugeben. Wenn der bairischen Volkspartei fern vor mittelparteilicher Seite verdacht wird, daß sie nach dem Eisenbahnerstreit den Anschlag für das Vertragsvotum für das Kabinett Wirth gab, so kann man auch dieses Verhalten billigerweise nicht als eine politische Todsünde bewerten, wenn man die Schwierigkeit wurdig ist, in der sich Bayern damals befand. Sollte sie dann wiederhergestellte Einigung zwischen Berlin und München aus einem solchen Anlaß abermals zerissen und ein in seinen Folgen nicht abschließender neuer Konflikt heraufbeschworen werden? Wenn die großen Parteien des Reichstags für sich allein nicht imstande waren, eine Entscheidung zu bewirken, könnte man dann der bairischen Volkspartei zutrauen, die ihre zugesagte Rolle als Zwingen an der Waage gegen die Reichsregierung durchzuführen und so das bairische Konto gegenüber dem Reich auf das schwere zu belasten? Von Standpunkt einer bekannten Realpolitik aus muß die damalige Stellungnahme der bairischen Volkspartei, die den Bürgern der Regierung des Grafen Verdenfeld entgegenstand, als durchaus begreiflich angesehen werden, und es sollte daher für die Volkspartei keine unlösbare Aufgabe sein, sich über diese Meinungsverschiedenheit ebenso wie über die anstehenden Streitpunkte einzustimmen und sich die Ablösung der bairischen Volkspartei zuwenden zu machen, daß die bairische Politik ihre besonderen Bedingungen und Erfordernisse hat, die es nicht gestatten, daß eine in München an der Regierungskoalition teilnehmende Partei dem dortigen Kabinett Wirth gegenüber dem Reich aufspringt, welche die Verteilungsgerechtigkeit dieser Partei gegenüber der Reichsregierung zur Voraussetzung haben. Die bairische Politik muß selbständig gehandelt werden und darf sich nicht in Abhängigkeit von dem Standpunkt befinden, den einzelne Parteien der Koalition jeweils in ihrer Reichsorganisation gegenüber der Berliner Regierung vertreten. Ein derartiges Zugeständnis müßte der Volkspartei eigentlich um so leichter fallen, als das bairische Reichsamt in Übereinstimmung mit der bairischen Volkspartei unentwegt an dem Standpunkt festhält, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen eine Erweiterung der Koalition nach links und rechts nicht möglich ist. Damit ist für die Volkspartei die volle Gewalt gegeben, daß der rein bürgerliche Charakter des bairischen Regierung keine Einbuße erleidet wird.

Außer der Koalitionsfrage ist es eine recht merkwürdige Bundesstaatlichkeit, welche die bairische Regierunglichkeit hier bestätigt. Sie hängt mit der Antwort des Generals Ritter auf die Polizeimute der Reichsregierung vom 18. März zusammen, worin die Kontrollkommission bis zum 5. April dieses Jahres eine Erklärung verlangt, aus der hervorgeht, daß es vorerst des Fleisches sich verpißt, die Mäusefahrt an der Polizeivariation von 1913 gründlich anzuerkennen. Das heißt mit anderen Worten, daß diejenige Schußpolizei in eine bloße kommunale, jeder höheren einheitlichen Organisation entbehrende Polizei von wesentlich verminderter Zustraft umgewandelt werden soll, die für die erforderliche Abwehr grob angelegter Revolten kaum unzureichend sein würde. Es handelt sich hier also um eine neue Verehrung der kleinenpolizei Erziehungspolitik, welche die Entente unter französischem Druck fortsetzt, gegenüber der Reichsregierung vorsteht, und dazu sollen nun die Bundesstaaten ihr Platz erzielen, dafür sollen sie eine förmliche Bürgschaft leisten. Die deutschen Länder als Garantienträger, daß das Reich die Verantwortung der Schußpolizei gemäß dem Ententeobligat durchführt! Der Plan ist so unangenehm anzufallen, daß man unwillkürlich lacht und sich fragt, wie denn die Kontrollkommission auf einen so verunsicherten gezeichneten Gedanken überhaupt kommen können. Auch der "Bairische Kürzer" legt sich diese Frage vor und gelangt dabei zu folgerungen, die so erstaunlich sind, daß man an Berliner Leidenschaft alle Urtüche hätte, sie recht eindringlich an zu fordern. Das Blatt des mächtigen Bairenkönigreichs Hessen meint nämlich gegen das Vaterland im Interesse der Entente gegen das Reich ausgespielt werden, und führt dann wörtlich fort: "Die Reichsregierung muß bedenken, daß sie sich nicht in die Gesetz des Reichsstaates blöden darf, daß gelegentliche Appelle der Entente an die Länder ihr manchmal gar nicht zu unangenehm kommen. Es darf den realeren Kreisen im Reich nicht verschwiegen werden, daß sich in weiten Kreisen des Volkes in der letzten Zeit eine Zimmung, die hier nicht auf ihre Berechtigung geprüft werden soll, bewirkt macht, die der gegenwärtigen Reichspolitik widout, daß zwischen Ententeordnungen und zentralen Reichsstaaten nicht immer der schroffe Gegensatz besteht, wie es nach außen hin scheint." Die moralische Diskreditierung der Erfüllungspolitik kann nicht schärfer und niederschmeiternd zum Ausdrucke gebracht werden, als es in diesen dünnen Worten des bairischen Blattes geschieht. Es mußte ja auch nicht mit rechten Dingen zuschauen, wenn die öffentliche Meinung Geduld und ohne mit der Wimper anfunkeln, die etwa Wiederholung der Erfüllungspolitik hinnehmen und sich auf keinen Gedanken darüber machen wollte. Wenn der gelinde Menidenverband anschließend eines unbearbeitlichen Verhältnisses der verantwortlichen Stellen hilft, dann trifft die Phantasie an seine Stelle, und der ragende Verdacht, daß im achteckigen Schleimende Gericht zerstreut sind, die öffentliche Vertrauen. Es ist die allerhöchste Zeit, daß mit der Erfüllungspolitik gründlich Schluß gemacht wird. Sie ist der größte und verhängnisvollste Irrtum, den wir aus dem Kriege überkommen haben, und sie wird uns in Grund und Boden ruinieren, wenn wir nicht auch im letzten Augenblick uns von ihr freiem machen.

Bedenklicher Zustand des Kaiser Karl.
Grauer Täglichbericht der Dresden Nachrichten.
Wien, 30. März. Aus Budapest kommt die Nachricht, daß dort eine Tropföse eingeschlagen sei, wonach Kaiser Karl geholt sei. Um 11 Uhr vormittags antwortete der Wiener Beiratsschreiber Karls, Tschager-Garderoben auf einen Antrag, daß seinerzeit bestätigte Weisungen eingeladen seien und auch die Nachricht für unrichtig gehalten werde. Auch die Wiener amtlichen Stellen, besonders der Polizeipolit, hatten bis mittag noch keine solche Meldung erhalten. Es liegt in den Wiener unterrichteten Kreisen nun bekannt, daß Kaiser Karl an einer beiderseitigen Versammlung am Freitagabend extra erschien, und daß er vom Blatt von Kunden mit den Sicherheitsinstrumenten versehen worden sei. Der Wiener Arzt Dr. Delug ist nach Madras abgereist.

Lenins Krankheit.

Berlin, 30. März. Das in Berlin erscheinende russische Blatt "Rul", dessen Chefredakteur Nasarow bei dem Attentat in der Philharmonie getötet wurde, veröffentlichte eine Notiz aus Moskau, wonach die am Krankenlager Lenins liegenden Aerzte festgestellt hätten, daß dieser an fortgeschrittenem Paralyse leide. Unter Vorbehalt meldet die Agentur Havas aus Rom, daß Lenin bereits gekorben sei.

Eine Mark = 2500 Sowjet-Rubel.

Der Finanzkommissar gibt nach einer Meldung des Deutschen Handelsblattes bekannt, daß am 1. März offiziell die deutsche Mark mit 2500 Sowjet-Rubeln eingekauft wurde. Auf der sogenannten "Schwarzen Börse" hatte die Mark den Wert von 5000 Sowjet-Rubeln.

Zusammenfassung und Aufgaben des Anteileausschusses.

Paris, 30. März. In dem seitlichen Besluß des Reparationskommission betreut, die Einführung eines internationalen Anteiles, der die Möglichkeit von Bindungen einer von Deutschland aufzunehmenden internationalen Anteile zu Reparationszwecken zu prüfen habe, bemerkte der "Tempo" in seinem Artikel: Der Urheber dieses Blaues sei John Bradbury. Der Ausschuss solle den belgischen Delegierten Delacroix zum Vorsitzenden und den zweiten italienischen Delegierten in der Reparationskommission, D'Ameglio, zum stellvertretenden Vorsitzenden wählen. Es werden beauftragt ein Vertreter der deutschen Regierung und vier finanzsachverständige Mitglieder, ein Amerikaner, ein Engländer, ein Franzose und ein Holländer oder auch ein Schweizer. Der Gegenstand des Berichtes, den dieser Ausschuss der Reparationskommission vorlegen solle, sei im folgenden drei Punkten zusammenzufassen:

1. Zu welchen Bedingungen könnte Deutschland auf den Haushaltsumzüge der Welt Anteile ausnehmen, welche die Entnahmen zum teilweisen Rücklauf der Reparationszahl verwendet würden, und welche Summe könnte in einer künftiger Weise während der kommenden fünf Jahre es für notwendig sein, um aufzubauen?

2. Welche Garantien könne man den einzelnen Geldgeber anbieten, ohne die spätere Zahlung der vertraglichen Summen unbedenklich zu gefährden, die Deutschland als Reparation schuldet?

3. Wie müssen die Einnahmen und die anderen Altinen, die für den Dienst der Anteile verwendet werden sollen, kontrolliert und verwaltet werden, und welche Beziehungen müssen zwischen der deutschen Regierung, den Vertretern der Geldgeber und der Reparationskommission bestehen?

Das imaginäre Finanzprogramm der Reparationskommission.

Bern, 30. März. Die "Neue Zürcher Zeitung" schreibt zu der Rede des Reichslandtags: "Vom allgemeinen europäischen Standpunkt aus reichen, ist es ein erfreuliches Ergebnis, daß sich Wirth nicht in die Bahnungs-Politik hineinlehnen will. Das Blatt hofft, daß die kluge Einsicht seitens der Offiziere dem erfassungsbereiten deutschen Stabstett in der Steuerfrage den Weg ebnen werde. — Die bairischen Nachrichten geben dem Reichstag in der Frage der internationalen Anteile völlig recht und betonen, daß die finanzielle Einsicht der Reparationskommission überhaupt imaginär sei, weil ihm der anfängliche Kurs der Papiermark von Mitte März zugrunde liege. Die Papiermarkt kann nicht mit Papiermarktneuern geglückt werden, sondern nur mit internationalem Gold". (W. T. B.)

Die Vorgänge bei der Verhaftung deutscher Polizisten in Alsfelden.

Berlin, 30. März. Wie mehrere Blätter und Oberhauser melden, wurde gestern mittag ein Volkstruppenwagen der Schußpolizei, der die abschließende Wache in Stärke von 20 Mann nach dem Bahnhof in Oberhausen-Alsfelden bringen sollte, von belgischen Truppen angehalten. Die Beamten wurden verhaftet und ins befehlte Gebiet verfrachtet. Ein sofort von der Schußpolizei in Oberhausen nach dem Tatorte entlassener Polizist erklärte, er handle auf Befehl des Kommandanten des Kommandos Düsseldorf. Apropos welche Gründe für die Verhaftung der Beamten gab der belgische Offizier nicht an. (W. T. B.)

Essen, 30. März. Neben die Verhaftung der Schußbeamten in Oberhausen wird und mitgeteilt: Oberhausen rehrt an sich nicht zum befehlten Gebiet. Sein wesentlicher Stadtteil läßt aber in die sogenannte Bewegungszone, die durch belgische Sicherheitspatrouillen begangen wird und für die die gleichen Pflichtimmunitäten, wie für das belgische Gebiet gelten müssen. Es versteht aber die Schußpolizei ihren Dienst in diesen Teilen der Stadt nur mit den von der Entente vorausgesetzten Armbinden und Ausweisen. Am 28. März erhielt nochmals vor dem vier Schußbeamten besetzten Polizeiwagen in Alsfelden eine 80 bis 100 Mann starke Abteilung belgischer Soldaten, von denen ein Offizier und 10 Mann die Wache besetzten und den Beamten mit vorgehaltene Pistolen unter der Auflösung "Hände hoch" erklärten, sie hätten Befehl, sie zu verhaften und mitzunehmen, da sie weder Ausweise, noch Armbinden hätten. Als die Beamten nochmals riefen, daß dies doch der Fall wäre, schien der Offizier zufriedengestellt zu sein und verließ die Wache. Am 29. März wurde der Wachtaktionswagen, der jeden Mittag die Ablösung sämtlicher Oberhäuser Polizeibeamten besorgt, bei seiner Fahrt durch die Gemeindezone durch die belgische Polizei von einer belgischen Kompanie angeschnitten und aufgehalten. Die fiktiven auf dem Wagen und in der Wache in Alsfelden angehörigen Beamten, insgesamt 20, wurden verhaftet. Sie, sowie der Kraftwagen und die auf der Wache befindlichen Ausstellungshallen und Wachhäuser, Handgranaten usw., wurden mit nach Duisburg genommen. Der den Beamten auf die Nachricht von der Verhaftung sofort nachgelangte Hunderthausführer verlor vergleichbar die Freiheit der Pente an erlangen. Der die belgische Kompanie befehlende Oberleutnant erklärte, er habe vom kommandierenden General des Brückenkopfes Duisburg-Brenken den Befehl, die im befehlten Stadtteil angetroffenen Schußbeamten abzufangen und nach Duisburg zu führen, gleichzeitig ob sie Armbinden hätten oder nicht. Der Polizeirätsel in Essen hat sich sofort mit dem belgischen General in Duisburg wegen Freilassung der Personen in Verbindung gesetzt und angeordnet, daß die Oberhauer Schußpolizei den Dienst im befehlten Stadtteil einstelle. Zwischen wurden von den verhafteten Beamten drei, die zur Wache in Alsfelden gehörten und Armbinden hatten, freigelassen. Die übrigen hatten keine Armbinden, da sie zum Dienst auf anderen Wachen bestimmt waren, und daher das befehlte Gebiet nur vorübergehend bei der Durchfahrt des Wagens berührten. (W. T. B.)

Belgien-Schadensjahrforderung.

Grauer Täglichbericht der Dresden Nachrichten.
Bozel, 30. März. Die Brüsseler Zeitung "Soir" meldet, daß das belgische Kabinett für den in Hamborn gesetzten Belager einen Schadensersatz von 2 Millionen Franken an Deutschland gefordert habe. Eine belgische Kommission beklagt sich zur Vornahme von Entschädigungen im Auftrage der Belohnungsmasse nach Hamborn, da es den deutschen Behörden nicht gelungen sei, die Kosten der Restitution aufzufinden.

Weitere Gewaltstaten.

Berlin, 30. März. Meldungen des "Berl. Pol.-Ans." aus Hamborn aufzeigen hat sie an die Erfüllung des deutschen Schußbeamten Schmelewski durch den belgischen Polizeibeamten Schmitz eine Reihe weiterer belgischer Gewalttaten gereicht. Am 28. März wurde der Konditorgebäck Hafensack, der auf einem Personenkraftwagen neben dem Chauffeur saß, in Bezug auf dem belgischen Wagen durch einen Schuh in den Hinterkopf und einen Schuh in den Oberarm so schwer verletzt, daß an seinem Aufkommen geweckt wird. Am 28. März wurde am selben Tage in Hamborn auf der Kaiser-Wilhelm-Straße der Arbeiter Richard Schneider ohne jeden Grund von einem belgischen Soldaten durch einen Schuh in die Wade verletzt.

Ausnahmezustand für Ostpreußen?

Berlin, 30. März. Es verlautet, daß gekenn hier die militärischen östlichen Ostpreußen unter Führung des Generals Dassel in Berlin wohnen und Befehlshabungen mit dem Minister des Innern hatten, wobei sie die Herstellung eines Ausnahmezustandes für Ostpreußen angeregt hätten, und zwar mit Absicht auf die von Polen her etfolgenden Drohungen.

Die Reichstagsöffnung

beschloßene und zunächst mit dem Gesetzesentwurf über das sozialistische Rechtsangelegenheiten. Dieser wurde in allen drei Sitzungen angenommen. — Auf der Tagessitzung steht dann ein von allen Parteien mit Ausnahme der Unabhängigen und Kommunisten eingebrachter Gedenkauftakt über die Unterstützung von Rentenempfängern der Renta-

liden und Angestelltenversicherung.

Danach kann die Unterstützung bis zu einem solchen Betrag erhöht werden, der das Gesamteinommen des Rentenempfängers von 4800 Mk. erreicht. Eine Witwen- oder Witwerrente soll den Betrag von 3800 Mk. erreichen, eine Vollrente den von 2000 Mk. Für nichtleistungsfähige Gemeinden hat das Land oder nach besten Bestimmung ein Gemeindeverband oder eine sonstige Körperheit des östlichen Reichs mit Zusätzlich eingetreten. Das Gesetz soll am 1. April d. J. in Kraft treten.

Ein Antrag Karsten (Unabh.) auf Erhöhung der vorgeschlagenen Sätze wurde abgelehnt. Die Vorlage wurde gegen Kommunisten und Unabhängige in zweiter Lesung angenommen. Gegen die sofortige Vornahme der dritten Lesung erhob Aba Karsten (Unabh.) Einspruch. Der Präsident Göbe rief darauf hin, daß infolge dieses Einspruchs die beschäftigten Erhöhungen ab 1. April nicht in Kraft treten können. (Lebhafte Unruhe und Kläuse: Unerhört! So hilft man den Invalidenrentnern!) Nach der Abstimmung wurde in der Tagessitzung fortgesetzt. Das Gesetz zur vorläufigen Regelung des Reichsbaudurchgangs wurde in zweiter und dritter Lesung ohne Aussprache angenommen. Es folgte die zweite Lesung einer leichten

Ergänzung des Besoldungsgesetzes.

Abg. Degler (D. A.) lehnte die zu weit gehenden Fortsetzungen der Gewerkschaftsführer ab. Nicht die Gewerkschaft, sondern der Reichstag seien die berufenen Vertreter des Volkes. Der Reichstag sei keine Bevölkerungsmaschine. Ein Tarifvertrag sei für die Beamten unannehmbar. Der Redner beantragte die Erhöhung einiger Gehaltsstücke.

Reichsfinanzminister Dr. Herres bedauerte, daß der Vorredner noch einmal auf diese Frage eingegangen sei, nachdem ein einstimmiger Besluß des Ausschusses vorliege. Es liege das auch nicht im Interesse einer sachlichen Arbeit. Nach der Bekämpfung mit den Spartenorganisationen befragten.

Gesamtkosten der Aufbesserung.

30 Milliarden Mark. Durch den Ausschuss sind weitere 198 Milliarden gefordert worden, insgesamt etwa 50 Milliarden. Durch die deutsch-nationalen Anträge würden weitere 12,5 Milliarden erforderlich, im ganzen also 62,5 Milliarden, das lasse sich heute nicht vertreten. Nachdem Abg. Heidemann (Komm.) in kundiger Obstruktionrede den bürgerlichen Parteien vorgeworfen hatte, sie treiben eine verbrecherische Politik, wurde die Vorlage in der Abschlußfassung in zweiter und dritter Lesung angenommen. Angenommen wurde auch die Vorlage zur Linderung des Pensionsergänzungsgesetzes und des Wehrmachtvorversorgungsgesetzes. Es sollte dann die dritte Beratung des Kohlensteuergesetzes folgen. Da der Abg. Nemmele (Komm.) die Beschlüsse des Ausschusses nicht vorliegen, schloß Präsident Goebel, daß Wortmeldungen nicht vorliegen, die Aussprache und vertragte die Abstimmung auf Freitag. Schlüß 11 Uhr.

Der Reichspoststel im Ausschuß.

Vor beträchtlichen Erhöhungen der Gehältern.

(Drabimeldung unserer Berliner Schriftleitung)

Berlin, 30. März. Der Hauptausschuss des Reichstages verabschiedete den Eisenbahndurchgangsbesluß und berief dann den Reichspoststel. Minister Göbel rief, führte dazu aus: In dem vorliegenden Etat decken sich Einnahmen und Ausgaben. Die Einnahmen sind aufgebaut auf dem im Dezember verabschiedeten Schlußentwurf. Inzwischen sind aber die Grundlagen für die Staatsaufstellung erheblich erschüttert worden. Die Wirtschaftshilfen, die neue Lohn- und Gehaltsregelung und die inzwischen eingetretene Preissteigerung bei allen ländlichen Ausgaben erfordern ein Mehr von 1,2% und 1% Milliarden. Diese Mehrausgaben lassen sich nicht allein durch Einsparungen und Ersparnisse decken. Es muß vielmehr auch eine

berührliche Erhöhung der Gehältern herangezogen werden. Das soll aber nicht rein automatisch geschehen. Es muß vielmehr geprüft werden, welche Gegenstände noch eine Mehrbelastung vertragen und welche aus sozialen und kulturellen Gründen nicht erhöht werden müssen. Daneben muss weiter untersucht werden, wie der Betrieb vereinfacht und verbessert werden kann. Der Arbeitsentlastung wird sich entsprechend zu Leistung zu erlangen. Die Polizei und Telephonverwaltung werden besonders einflößend bei einer Verwaltung, die früher 60 bis 80 Dienststunden hatte. Die verlängerten Urlaubssaisons und die durch die Nachwirkungen des Krieges erhöhte Krankheitsförderung erfordern viel Vertreter, zumal das Personal nicht mehr in dem Maße wie früher zu Überstunden herangezogen werden kann. Die Polizei- und Telephonverwaltung des Postamtes erfordert die leidende Kriegsbeschädigung des Postfahrverkehrs, des Telegraphen- und Fernsprechverkehrs und des Auto-Liniens. Trotz dieser an sich erheblichen Vermeindung des Personals haben wir auch jetzt noch einen Überschuß an Größen, zu dessen Abbau besondere Kommissionen eingesetzt sind. Im abgelaufenen Statjahre sind etwa 2000 Postkräfte entlassen worden. Für

Telegraph und Fernsprecher.

haben die Nachkriegssäische Aufgaben und Schwierigkeiten gebracht, wie sie bisher nicht bestanden. Die Betriebsvermögen stellen die der Nachkriegszeit weit in den Schatten. Der Gesamtfernpreisverkehr weist eine Mehrbelastung von 30 Prozent, der Telefonverkehr allein eine solche von 18 Prozent, der Postverkehr ein Mehr von 15 Prozent auf. Durchgreifende Verlängerung hat der Auslandsverkehr, insbesondere einflößend bei einer Verwaltung, die früher 60 bis 80 Dienststunden hatte. Die verlängerten Urlaubssaisons und die durch die Nachwirkungen des Krieges erhöhte Krankheitsförderung erfordert die leidende Kriegsbeschädigung des Postfahrverkehrs, des Telegraphen- und Fernsprechverkehrs und des Auto-Liniens. Trotz dieser an sich erheblichen Vermeindung des Personals haben wir auch jetzt noch einen Überschuß an Größen, zu dessen Abbau besondere Kommissionen eingesetzt sind. Im abgelaufenen Statjahre sind etwa 2000 Postkräfte entlassen worden. Für

Um Telegraphen- und Fernsprecher zu unterstützen den Umsatz der Friedensverhältnisse völlig erreicht. Im Telegraphen- und Fernsprecherverkehr ist eine Mehrbelastung von 30 bis 35 Prozent zu verzeichnen.

Annahme des deutsch-jugoslawischen Handelsvertrags im Reichsrat.

(Drabimeldung unserer Berliner Schriftleitung)

Berlin, 30. März. Der Reichsrat nahm in seiner Sitzung den vorläufigen Handelsvertrag zwischen dem Deutschen Reich und Jugoslawien an. Der Vertrag, der von der serbischen Volksvertretung bereits angenommen worden ist, ordnet lediglich die Handels- und Verkehrsbeziehungen, wobei es gelungen ist, die Deutschen den Grundsatz der Meldepflichtigung durchzusetzen. Vorgesehen ist eine dreimonatliche Kündigung.

Sächsischer Landtag.

102. Sitzung.

Dresden, den 20. März 1922.
Der Präsident begrüßt nach Eröffnung der Sitzung die erstmals anwesende Abgeordnete Hr. Kode-Wetzlitz (D.A.), die an Stelle des verstorbenen Abgeordneten Sander in den Landtag eingetreten ist.

Der Landtag beschließt die Regierungsvorlage über den Neubau der Universitäts-Grauenklinik und die Änderung des Beamtenversorgungsgegesetzes ohne Vorberatung des Haushaltsausschus A zu überweisen.

Janzenminister Lipinski führt aus, daß in der Breite Mitteilungen erschienen seien, nach denen der Haushaltshaussch A die Mittel für die Polizei abgelehnt habe. Dadurch sei in der Landespolizei eine Beunruhigung hervorgerufen worden und die Zahl der Räuberungen habe sich stark vermehrt. Demgegenüber steht der Minister fest, daß die Mittel für die Gendarmerie und die Berstaatlichung der Kriminalpolizei bewilligt worden seien. Die Auszahlung der Gehälter sei also nicht in Frage gestellt. Abgelenkt worden sei nur der Ausgleichsbedarf für die Polizei in Dresden. Das berührte aber den Bedarf der Polizei nicht. Die Beunruhigung sei also nicht berechtigt.

Die Vorlage über die Weiterzahlung der Besoldung der Lehrer an den öffentlichen allgemeinen Volks- und Fortbildungsschulen wird in erster und zweiter Beratung ohne Ausprache angenommen.

Es folgt die zweite Beratung der Vorlage über die

Anerkennung neuer Reiterläufe.

Abg. Drechsler (D. W.) beantragt die Ablehnung der Vorlage. Die Regierung sei bei der Einbringung nur einem Drude von Lins folgt. Sie sei von der Schädlichkeit selbst überzeugt. Sachsen würde mit dem Gesetz einen Solotanz vor der gesamten Öffentlichkeit aufführen, höchstens habe es in Thüringen einen Partner. Das Recht, das nicht mitmache, werde uns bei diesen Solotanz eilig in die Beine fahren. Es werde sich die Störungen im Eisenbahnverkehr, bei den Behörden, in den Steckbetrieben usw. nicht ohne weiteres gelallen lassen. Die Kommentare der Reichsverfassung erklären, daß die Anerkennung von Reiterläufen eine reichsgesetzliche Angelegenheit sei. Die gesamte Rechte sei der Meinung, daß wir auf keinen Fall zwei neue Reiterläufe brauchen könnten. Der 1. Mai sei ein Kampftag, ein Tag der Propaganda, der nicht dem Volksfesten, sondern dem Altkönigstag diene. Der 9. November sei für die Hölle des Volkes ein dies ater, ein schwarzer Tag. Die Vorlage sei eine Amtung, gegen die man den außenreuen Widerstand leisten werde.

Abg. Böhme (Soz.) beantragt als Mitberichtsteller die Annahme der Vorlage.

Wirtschaftsminister Hellisch wendet sich gegen den Abg. Drechsler. Auschlaggebend sei der Umstand gewesen, daß die Regierung durch einen Rechtsbeirat des Parlaments beantragt worden sei, daß man aus Zweckmäßigkeitsgründen verschiedene Ausstattung darüber sein könne, ob es praktisch sei, in solchen Fragen im Reiche einheitlich oder verschiedenartig vorzugehen. Es steht fest, daß die Länder berechtigt seien, eigene Reiterläufe festzulegen.

Da von Bünger und Gen. (D. W.) ein Antrag auf eine dritte Leistung vorliegt, dem nach der Geschäftsaufklärung vorgegeben werden muss, erfolgt Weiterberatung und Abstimmung in einer der nächsten Sitzungen.

Der Landtag erledigt dann mehrere

Haushalt- und Rechenschaftssachen.

Abg. Dr. Niemann (D. W.) erichtet im Namen des Haushaltsausschusses B einen eingehenden Bericht über Rechenschaftsbericht und Haushalt der

Kosten.

Er beantragt, die nachgewiesenen Ueberreichrungen und die Einstellungen nach der Vorlage zu genehmigen. Hierzu liegen verschiedene Minderheitsanträge vor. Die Kommunisten beantragen, die Verderunterhaltungsgelder zu streichen, die Entlohnung der Waldarbeiter nach Stundenlohn zu zulassen und den Gemeinden verbülligtes Holz für Minderbeamte zur Verfügung zu stellen.

Finanzminister Heldt

legt dar, daß der Bedarf an Holz in Sachsen ungewöhnlich stark sei. Wir könnten den Bedarf nicht annähern. Daraus ergibt sich der Vorwurf, daß die Regierung zu fiskalisch arbeite. Das Kapitel Kosten bilde bei allen Ländern das finanzielle Rückgrat. Sachsen bleibe aber infolge seiner Waldarmut weit hinter anderen Ländern zurück. Um das Leben nicht noch zu verschärfen, müßte der Siebziger zurückgesetzt werden. Hinsichtlich der Streitung der Verderunterhaltungsgelder empfiehlt sich eine abwartende Haltung. Die Forstverwaltung sei vom Finanzministerium angewiesen, den Gemeinden Brennholz für Minderbeamte zur Verfügung zu stellen. Für den Rest sei man an die abgegebenen Gebote gebunden. Einzelnen Forstbeamten seien schon Vorwürfe gemacht worden, daß sie bei Versteigerungen zu billig zugeschlagen hätten.

Kunst und Wissenschaft.

† Dresdner Theater-Spielplan für heute. Opernhaus: Sinfoniekonzert, Reihe B, 5 (7); Schauspielhaus: "Das Opfer" (7); Neustädter Schauspielhaus: "Im weiten Norden" (18); Residenz-Theater: "Die Königin der Nacht" (18); Zentral-Theater: "Das Detektivmodell" (18).

† Rosspotpatorium. Aufnahmeprüfung Sonnabend, den 1. April, vom 8. Blätter, 10 Uhr Schauspieler und Sänger, 1410 Uhr Pianisten, Organisten, Hornisten, 1515 Uhr Sänger, 1515 Uhr Theaterschüler. Anmelungen: Bandenstraße 11, 2.

† Berathaltung. Heute um 15 Uhr im Gemeinkabinett; Aufführung 9. Sinfonie von Beethoven; in der Ausstellung Geisnauer-Apolo. Um 8 Uhr im Künsterhaus: Bilderfouger des Berliner Kämmertrios.

† Der Frauenchor Alba von Wolfsburg singt in seinem Konzert (Mittwoch im guiburgischen Palmengarten) einen sehr freudlichen und wohlverdienten Erfolg. Anderthalb erfreute der gute Klang der Stimmen und die reinlich saubere Intonation bei den begleiteten wie unbegleiteten Chören, während hier und wieder eine noch etwas krassere rhythmisiche Fucht wohl am Platze gewesen wäre. Der Abend galt dem zeitgenössischen Schaffen aus dem Gebiete der nicht eben reichbedachten Frauenschöpfung, und es war erstaunlich und wohltuend, zu hören, wieviel wertvolle Schätze die "Koralle" bei ihrer Umwandlung unter den lebenden Tonsetzern zu heben verstanden hatte. Von den 14 Chören verlängt auch nicht einer in seiner Wirkung; neben feingearbeiteten Chorsätzen von O. Vissmann, A. Mendelssohn, Fr. Wagnerhoff, Arth. Kauffmann u. a. gefiel besonders gut auch die Kompositionen von vier Dresdnern: O. Blasius („Mutterglück“), O. Thomas („Andacht auf Bergeshöhe“), Hanns Löbicht („Lied der Knospe“) und Wolf („Das Schiffslein“). Ein feines und wohlgelungenes Experiment war es auch, drei recht verschiedene, aber gleichermaßen reizvolle Vertonungen eines und desselben Chorliedes („Armeeleben“ von Fr. A. Herrmann) unmittelbar hintereinander erklingen zu lassen; die drei ansprechenden Chorsäfte stammten von Erwin Lendt, Ernst Blasius und Richard Stöhr. In den beiden letzten Chören taten sich auch eine Sopranistin und eine Altistin des Chores sozialisch recht beachtlich hervor. — Mit geholtvollen Tichtungen von Max Jungnickel und Börries v. Münchhausen, die er eindringlich — durch allzuviel Unterstreicherungen, Dehnungen und mimische Autoren — etwas zu ein- und aufdringlich — vortrug, unterbrach Werner v. Blumenthal zweimal die musikalische Vortragsserie und erinnerte gleich den wackeren Chorsängen,

erkenn die Notwendigkeit des Entschließungsantrags an und erklärt sich namens der Regierung bereit, in diesem Sinne in Berlin vorstellig zu werden.

Abg. Schreiber (D. W.): Es sei ein großer Fehler gewesen, in Sachen zu einem so ausgedehnten Ausbau der Röthe überzugehen. Dadurch sei es nicht möglich gewesen, die Hochleistungen an Holz zu ersetzen. Man müsse so schnell wie möglich mit dem Staubbau aufhören und eine auf die Zukunft gerichtete, den neuzeitlichen Erfahrungen entsprechende Forstwirtschaft einführen.

Nach Ablehnung der kommunistischen Minderheitsanträge werden die Ausschankanträge und der Entschließungsantrag angenommen.

Rechenschaftsbericht und Haushalt der Forstakademie zu Tharandt werden ohne Aussprache einstimmig verabschiedet.

Es folgt die erste Beratung der Vorlage über die weitere Verlängerung der Wahlauer der Mitglieder des Landes-

Kulturrates

und des Ausbildungsfürsorge für Gartenbau beim Landestubikat. Abg. Schmidt, Freiberg (D. W.) beantragt, die Verlängerung nicht, wie in der Vorlage vorgesehen, bis zum 30. Juni 1922, abzubrechen, sondern bis zur Annahme des Landwirtschaftsmittelgesetzes. Er glaubt nicht, daß das Gesetz bis zum 30. Juni verabschiedet sei.

Auf Vorschlag des Wirtschaftsministers, der gegen den Antrag Schmidt rechenschaftete, wird bekräftigt, die Verlängerung bis 31. Dezember 1922 auszusprechen. In dieser Fassung wird die Vorlage in sofortiger Sitzberatung verabschiedet.

Die Vorlage über einige Änderungen des Gewerbeverzeichnisses zum Betriebsvertrag geht ohne Aussprache an den Rechtsausschuß.

Abg. Schreiber (D. W.), der über den Haushalt für das

Wirtschaftsministerium

berichtet, teilt mit, im Haushaltshaussch A verabschiedet Rechenschaftsbericht und Haushalt für Landwirtschaft, Handel und Gewerbe, sowie der Haushaltplan der Landwirtschaft und Gewerbe. Die Belehrung über den Antrag Dr. Reinhold und Genossen betreffend die Unterstützung der Leipzigser Messe wird vertagt.

Gegen die Bewilligung des

Berechnungsgeldes für die Landesreiseprüfungsstelle spricht Abg. Schmidt-Plauen (D. W.). Er bezeichnet die Stelle als einen Luxus für ein verarmtes Volk. Man habe die Prüfungsstelle auf den soliden Grund gelegt.

Wirtschaftsminister Hellisch widerspricht dem Vorredner. Es sei vernunftlos, wenn er die Kontrolle über die Preise in die Hände der Interessenten felde lege.

Abg. Ziller (D. W.) wundert sich, daß bei der bekannten Variante des Finanzministers diese unrentable Summe gefordert wurde.

Abg. Schreiber (D. W.) hält die Stelle ebenfalls für überflüssig. Sie würde aufrecht erhalten, um eine Reihe von Parteifunktionären zu beschäftigen.

Abg. Dr. Seusek (Dem.) sei für die Beliebung der Stelle ein, soweit sie noch als Noteinrichtung berechtigt ist. Man dürfe nicht den Eindruck erwecken, daß die Preisfreiheit von Staats wegen unbeobachtet bleibe.

Die Abstimmung erfolgt in der nächsten Sitzung.

Der Landtag tritt aldann in die erste Beratung des Gesetzentwurfs über die

Bereinigung des Geschäftsganges bei den Gerichten der freiwilligen Gerichtsbarkeit ein. Der Entwurf ist verabschiedet durch das Reichsgericht zur Enthaltung der Gerichte vom 11. März 1921. Danach wird das Justizministerium ermächtigt, in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit einschließlich der Grundbuchämtern Gerichtsgerichte über mit der selbstduldigen Erledigung von Geschäften zu beauftragen, die nach landesrechtlichen Vorschriften der Richter wahrzunehmen hat.

Auf Antrag des Abg. Bünger (D. W.) wird die Vorlage in sofortiger Schlussberatung einstimmig angenommen.

Abg. Dr. Baauer (D. W.) berichtet im Auftrage des Rechtsausschusses über die Vorlage betr. die Erhöhung der Schreibgebühren und über die Gerichtskosten vom 21. Juni 1920. Der Gesetzentwurf wird mit folgender Ergänzung angenommen:

Das Justizministerium wird ermächtigt, das Gesetz über die Gerichtskosten mit dem Tarif unter Berücksichtigung aller nach dem 21. Juni 1920 erfolgten Änderungen, insbesondere

auch unter Einfügung der durch den Zusatz sich ergebenden Sätze, neu befaul zu geben."

Den Bericht des Haushaltsausschusses A über Rechenschaftsbericht und Haushalt für den

Wirtschaftsbericht des Justizministeriums

erstattet Abg. Dr. Nehne (Dem.). Er beantragt, die nachgewiesenen Ueberreichtungen und die Einstellungen im wesentlichen nach der Vorlage zu genehmigen, die Staatsanwaltschaft, sowie Amts- und Landgerichtsräte in Stellen gemeinschaft zu bringen, ferner die Regierung zu erlauben, bei der Reichsregierung auf eine bessere und der von ihnen geleistete Arbeit entsprechende Bezahlung der Referendare zu dringen.

Ein weiterer Minderheitsantrag, den der Abg. Drechsler (D. W.) vertritt, erhebt die Forderung, 20000 M. für Vergütungen an die nebenamtlich an den Gerichtsgerichtsamt tätigen Richter und Organisten einzuziehen.

Auch von den Kommunisten liegt ein Minderheitsantrag vor, zu dem der Abg. Langrock spricht. Er fordert die Abberufung der Richter und die Wahlvertretung durch das Volk, Amnestie für politische Vergehen und Verbrechen aus Rot, Angliederung des Strafvollzugs an die Reichsregierung. In Verbindung hiermit stehen zwei kommunistische Anträge, mit denen sich der Landtag in einer Beratung bereits beschäftigt hat. Es wird darin gefordert, daß die Strafgefangenen Rechte haben, sich selbst zu beschuldigen und zu beklagen und ihnen zugestellte Literatur zu empfangen, weiter, daß zur Kontrolle des Strafvollzugs in den Gefangenenanstalten Wärter aus der Bevölkerung gewählt werden. Der Rechtsausschuß beantragt die Ablehnung der Anträge, während sie Abg. Langrock aufrechterhält.

Abg. Baauer (D. W.), der den obliegenden Standpunkt des Rechtsausschusses begründet, weist darauf hin, daß während des Krieges, als die Einführung von Lebensmitteln gestattet gewesen sei, Nachrichten in die Gefangenanstalten gelangt und Attentate vorbereitet worden seien. Es könnte auch nicht jede Schrift in das Gefängnis hineingelassen werden. Die Einführung von Beiträten sei mit dem Wesen der Strafvollzug nicht vereinbar.

Abg. Dr. Graf (Soz.) beschäftigt sich eingehend mit den Richtern. Die Staatsjustiz verdiente höchste Anerkennung, um so weniger lob könnte man aber der Strafjustiz spenden. Die Erbitterung und Feindschaft gegen die Republik sei in keiner Weise so stark wie bei den Richtern. Die Verordnung des Justizministers über die Belehrung der Richterzeichen sei von den Richtern fabriziert worden. Artikel einer Annonce sollten mehr Einzelbegnadigungen erzielen. Der Richter bewußt zum Schluß, daß er den Richtern nicht den Vorwurf einer bewußten Rechtsbeugung machen wolle, er verlange aber, daß sie sich den neuen Zeit mehr anpassen.

Justizminister Dr. Beigner nimmt zu den vorliegenden Anträgen Stellung und verzweigt zum Teil auf frühere Erklärungen. Eine Landesamtsliste lehnt er als unzweckmäßig ab. Was die Strafgefangenen betrifft, so sei Sachsen durch reichsgetümliche Bestimmungen gebunden.

Abg. Reinher (D. W.) wendet sich gegen die kommunistischen Anträge. Die Qualität der Richter werde durch die Wahl nicht besser. Man wolle auch keine fidelen Gefangennisse. Das sei nicht der Zweck der Strafe. Auch unsere Strafrichter verdienen volles Lob. Unsere Richter würden in den letzten Jahrzehnten gelernt sozial zu denken. Bit nichts hätte sich die Regierung mehr lächerlich gemacht als mit der Bildstürmerei. Die Belehrung der Richterzeichen sei eine unhistorische und barbarische Handlungswelt. Die Personalpolitik des Justizministers sei bedenklich.

Abg. Schmid (Unabh. Soz.): Die Klagen gegen die Richter würden schwanden, wenn die Richter ihr bewährten, die neue Zeit zu verkehren.

Der Justizminister ergreift wiederholt das Wort und versiegt sich insbesondere gegen den Vorwurf des Revolutionsbeis bei Beamtenförderungen.

Abg. Dr. Wagner (D. W.) weist die Behauptung zurück, daß die Verordnung über die Belehrung der Richterzeichen fabriziert worden sei.

Auch über diesen Punkt findet die Abstimmung heute nicht statt.

Nächste Sitzung: Mittwoch, den 5. April.

Im Haushaltshaussch A wurde bei Beratung des Kapitels Universität Leipzig der Teil abgelehnt, der die theologische Fakultät und die Universität für die Kirche betrifft. Bei der Ablehnung durfte es sich um eine leere Demonstration handeln, da nach der Reichsverfassung diese Institutionen geschützt sind.

Der Prüfungsgeldausch beantragt zum Antrag des Abgeordneten Barthel und Genossen, Hilfe für das Zeitungsgewerbe betreffend, der Landtag will bestimmen; die Regierung zu erüben, daß die Verfolgung der Tageszeitungen mit Druckpapier zu annehmen und diesen Preisen sicher gestellt wird.

† Sintigarter Musikkabinett. Prof. Wendling, von Neuen zurück, hat mit seinem Quartett Brahms gespielt, indem er eine Reihe der schönsten Kammermusikwerke des Meisters darbot; im Klavierduett wirkte W. Dreisbach mit. Die Konzertabende besaßen der Brahmsspieler W. Dreisbach und Mannheim mit einem Brahmskonzert, in welchem Prof. Sieben aus Torgau und Opern-Dreisbach teilte. Beide Klavierkonzerte und die Handvariationen kamen in Gehör. Es gab einen glänzenden Erfolg; den herrlichen Leistungen des Klavierkünstlers gefiel sich ebendortig die Wärme und die tiefliegende Ausföhlung des Brahmsklandauer Dirigenten. Zur Bildnachfolge scheint auch P. mit Beethovens Techter sein wohldurchdachtes Können, das mit aller Schärfe auf innerlichsten Ausdruck hinarbeitet. Ein Band vom Landestheater, der auch für Bush in Betracht kommt, brachte mit der Stuttgarter Chorvereinigung unter Mitwirkung seiner Frau, Paul-Aladda, einen Eindruck und Niederabend, der wohl einer österreichischen Meisterin aufgegeben werden mußte, wert gewesen wäre. Die Reihe der östlichen auswärtigen Bewerber um Bushs Posten eröffnete Prof. Leonhardt aus Berlin mit eindrucksvoll mit dem „Tristan“.

† Kleine Musikkabinette. Eine Prüfungssession ist am 20. Mai von A. Schulz-Etemann erlebt in Halberstadt durch das Halberstädter Tonkünstlerorchester unter Leitung des Komponisten ihre Uraufführung und wurde glänzend aufgenommen.

† Tannhäuser in Rom. Unter F. R. Reiners Leitung ist im Teatro Costanzi in Rom nun auch „Tannhäuser“ mit großem Erfolg gegeben worden. Die italienische Presse preist begeistert die ländlichen Werke des Berlins und stellt für Reiner einen ganz außerordentlichen Triumph fest.

„Nacht der Ouvertüre“ so jährt seit vielerlei Zeit die italienische Presse preis begeistert die ländlichen Werke des Berlins und stellt für Reiner einen ganz außerordentlichen Triumph fest. Nach der Ouvertüre, so jährt seit vielerlei Zeit die italienische Presse preis begeistert die ländlichen Werke des Berlins und stellt für Reiner einen ganz außerordentlichen Triumph fest. Reiner hat uns als tiefrückiger Kenner der Wagnerischen Opern, deren Stil er durchaus beherrschte, eine präzise, in jeder Einzelheit vorzügliche Aufführung voll Schwung und Feuer geboten. Das Orchester bat unter seinem wissenden Siaab mit unschätzbarer Sicherheit und glanzvoller Wirkung gewiekt. Reiner erfuhr verdienten Applaus nach jedem Akt ungewöhnliche Bejublungen und Bejublungen von allen Seiten.“ Ähnlich äußern sich die anderen Blätter. Die Bejublung war italienisch bis auf die Lisabetta, die von Delia Reinhardt aus München gefuhrne wurde.

Dörlisches und Sächsisches.

Parlamentarischer Abend.

Negierung und Landtag stehen vor dem Abschluss eines arbeitsreichen Winterhalbjahres. Das war für den Ministerpräsidenten Buch und den Landtagpräsidenten Bräckeborn die Veranstaltung. Einladungen ergeben zu lassen zu einem parlamentarischen Vierabend, der am Donnerstag im Landtagsgebäude stattfand. Mehr als die nächtliche Arbeit in den Ausschüssen und dem Plenum sind diese Abende dazu geeignet, daß sich die Vertreter der verschiedenen politischen Anschauungen persönlich überkommen und einmal Ablösung nehmen mit der Regierung und den einzelnen Verantwortlichen. Wohl aus diesem Grunde war der Kreis der Teilnehmer etwas weiter als sonst gezogen worden. Zum ersten Male hatten auch die Vertreter der großen Beamtenorganisationen und der Gewerkschaften Einladungen erhalten. Im ganzen waren etwa 1500 Damen und Herren dem Ruf gefolgt, neben den Mitgliedern des Landtages die Staatsminister und die Ministerialdirektoren, ferner der preußische Geschäftsträger Schellen, der Landeskommandant General Müller, der Polizeipräsident Dr. Grille, der Präsident der Lopo, Dr. Adolph, der Intendant der Staatsoper, Dr. Meissner, Bürgermeister Dr. Krebschmar, Exzellenz Dr. Wehner als Vorsitzender des Landeskulturrates, Geh. Kommerzienrat Marwig als Vorsitzender der Handelskammer, Oberbürgermeister Böhme als Vorsitzender der Gewerksammer usw. Die kommunistische Fraktion war der Veranstaltung auch diesmal ferngeblieben. Nachdem die Geladenen sich im Wandelgang der ehemaligen Zweiten Kammer versammelt und ein Wort der Begrüßung getauscht hatten, begab man sich nach dem Eröffnungsraum, wo man ohne Unterschied der Partei und des Standes, so wie es der Anfall gerade wollte, an einzelnen Tischen Platz nahm. Es wurde ein einfacher Anblick mit Pier serviert. In seiner launigen Ansprache, die der Ministerpräsident Buch auf die Besammlung richtete, bezahlte er es als eine angenehme Sitte, die Geschenken zu bitten, einmal in ausgeprägter Unterhaltung für wenige Stunden zusammen zu sein. Als man vor wenigen Wochen den Entschluß gefasst habe, zu dem parlamentarischen Abend einzuladen, habe man geglaubt, daß der Abend des 20. März der passende dazu sei, weil man hoffte, Rückläufer halten zu können auf die Verabsiedlung des Staatshaushaltes. Da dieser Begehung habe man sich aber getäuscht, da die Arbeit im Landtag noch nicht habe beendet werden können. Der Anstand des Abends werde am besten erreicht, wenn die Vertreter aller Parteien und Verbindlichkeiten sich zusammenfinden. Es sei daher zweitens zweckdienlich, auch einmal Ablösung zu nehmen mit den Organisationen der Beamten und den Vertretern der Gewerkschaften. Er blieb aber, nicht in den Reihen zu verfallen, Fragen parteilicher Art in die Erörterung zu ziehen, sondern sich in freundlichkeit-menschlicher Begebung mehr zu treten, wenn die Rückläufer zu halten auf die verlorenen Zeit. Der Ministerpräsident begrüßte dann noch die Freunde und betonte, daß die Aufgaben der Regierung und des Landtages wesentlich geändert würden, wenn sie eine verbindliche Mitarbeit der Freunde finden. — Noch bis zur Mitternachtstunde blieben die meisten der Geladenen noch zusammen und das Stimmengemurmel, das den Saal erfüllte, zeigte, daß der parlamentarische Abend noch diesmal seinem tieferen Sinne gerecht geworden sein dürfte.

Veränderungen bei Dresdner Postanstalten.

Die schon vielfach erörterten Sparmaßnahmen bei der Post werden nun nach und nach durchgeführt. In Dresden treten folgendes demokratische Veränderungen ein. Am 1. April wird die Postamt 2 (Schulstraße), die sich im Hof 1 des Hauptpostamts in der Marienstraße befindet, vom Postamt 2 abgetrennt und dem Hauptpostamt angegliedert. Dies hat auf Folge, daß die Poststellen an regelmäßige Abholer und Abholer postagender Poste nicht mehr in der Postausgabe, sondern in der Briefausgabe des Postamts 1 (Hauptpostamt) ausgegeben werden. Hierin liegt die Postabholer eine Verbürgung dafür, daß sie nur noch an einer Stelle durchabholen und Briefmarkenbüchern an entrichten haben. Bekanntlich erfolgt wird durch den Wegfall der Schalterbeamten in der Postausgabe, wo ab der Dienstbereich nur noch auf die Ausgabe der Poste selbst erzielt.

Am 1. Mai erfolgt eine weitere Verschmelzung von Postämtern. Die am Abteilbahnhof befindlichen Postämter 2 und 7 werden zusammengelegt und als Postamt 7 weitergeführt. Die Leitung des neuen großen Postamts am Abteilbahnhof liegt in den Händen des Ober-Postdirektors Reichel. Der Vorsteher des Postamts 2 (Postamt 6) Postdirektor Haupt, übernimmt das Postamt 6 in Dresden-Alstadt, dessen Vorsteher in den Ruhesstand übertritt. Durch die Zusammenlegung dieser beiden großen Postbetriebe wird eine ganz wesentliche Verbürgung erreicht infolge Vereinfachung verschiedener Dienststellen und die dadurch ermöglichte bessere Ausnutzung des Personals. Eine Anzahl Beamte wird durch diese energetisch durchgefahrene Sparmaßnahme verfügbare. Einige Verzüglichungen nach anderen Postämtern sind bereits verfügt. Die vor längerer Zeit erfolgte Einschaltung der Postämter in der Nürnberger Straße, Kaiserstraße und am Schlachthof stehen mit den Sparabsichten der Postverwaltung im Zusammenhang.

Am Direktor der Altkreditbank in Dresden ist der Oberregierungsrat Dr. iur. Alfred Mohrmann, zu seinem Stellvertreter des Rechnungsrat Bernhard Auerswald bestellt worden.

— Todestag. Gehern, Donnerstag, verschick hier, wie auf den Familiennachrichten dieser Nummer zu erkennen ist, im Alter von 80 Jahren der sächsische Amtsgerichts- und Landgerichtsrat a. D. Ernst Maximilian v. Weißig. Die Beisetzung erfolgt am Montag um 12 Uhr auf dem St. Pauli-Griedhof.

— Beisehungsfreier. Am Mittwoch wurden, einem Wunsch des Entschlossenen entsprechend, die herüblichen Überreste des am Neujahrsabend in Plauen bei Bremen verstorbene Oberstudiodirektors Prof. Dr. Beyer, des früheren Lehrers des Lehrerseminars Dresden-Plauen, feierlich in Löbau beigesetzt. Sein Sohn Heinrich als Freund der Familie wie als 1. Vorsteher des Gebirgs-Bereins für die Sachsen-Schweiz, ferner im Namen der Seminaridirektoren des Oberstudiodirektors Schneider, Löbau, und als Vertreter des Plauenschen Seminars Oberstudienrat Prof. Fischer würdigten des Dahingeführten bedeutende Persönlichkeit. Vertreten waren die Lehrerbüro der Seminare Löbau, Bautzen, Pirna und Dresden-Plauen, die Wirkungsstätten des Heimgegangenen.

— Neue Kohlenarten und Bezugsgescheine anmelden! Bom Kohlenamt wird uns geschrieben: Nach der Ratsbekanntmachung über die Ausgabe der neuen Kohlenarten hat deren Anmeldung bis Freitag den 31. März zu erfolgen. Nach Mitteilungen aus Händlerkreisen muß aber angenommen werden, daß ein noch sehr großer Teil der Anmeldungen aussteht. Viele Kästenhaber scheinen die Anmeldung deshalb für nicht so eilig zu halten, weil die Kästen erst vom 1. Mai ab gelten. Es wird deshalb darauf hingewiesen, daß die Einhaltung der gelegten Frist dringend zu empfehlen ist. Der Händler bekommt die Kohlen nur nach Verhältnis der von ihm entgegengenommenen Anmeldungen zugewiesen, und es kann der Verbraucher, der in der Anmeldung häufig gewesen ist, nicht erwarten, im Mai, wo sich die Kohleentnahmen höchstlich geschieben haben, von seinem Händler Kohlen zu erhalten, wenn der Händler den Bedarf nicht rechtzeitig hat nachweisen können. Das vorstehend hinsichtlich der Kohlenarten Gesagte gilt genauso auch für die Anmeldung der bis jetzt ausgegebenen Kohlenbeauftragten.

— Die Geschäftigkeit bei den Dresdner Gerichten (Oberlandesgericht, Landgericht und Amtsgericht) ist vom 1. April ab auf die Stunden von 7 bis 8 Uhr festgesetzt.

— Das Glashaus wird, da sich die Fuhruhr von Betriebsmittel gebessert hat, von Anfang April ab auch an den Montagen wieder geöffnet. Das Bad kann nun mehr weder an allen Wochentagen von vormittags 10 bis abends 148 Sonnabends bis um 9 Uhr benutzt werden.

— Drobender Streit in der sächsischen Holzindustrie. Die in den letzten Tagen zwischen den Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer in der Holz-Industrie über die neuen Forderungen der Holzarbeiter geführten Verhandlungen sind als gescheitert anzusehen. In der Arbeiter-Organisation hält man nun mehr den Streit für unvermeidlich. Es würden etwa 80 000 Arbeiter in Frage kommen.

— Der Ortsverein Dresden der Deutschen Volkspartei veranstaltet heute, Freitag abend, wie schon erwähnt, im großen Saale des sächsischen Ausstellungsbahnhofs eine große Bürodarfeier. Die Gedächtnisrede wird Reichstagabgeordneter Dr. Evertz halten. Von namhaften Dresdner Kaufleuten wirken mit: Alexander Berti (Metall), Kammerhändlerin Elise Günzner, Kammerhändler Ludwig Gründel und Overnänger Hans Lange (Gelang). Die Musik stellt die Heilerei-Kapelle unter Leitung ihres Direktors. Es ist also allen Dresdnern, die national denken und fühlen, Gelegenheit geboten, einige Stunden nationaler Erziehung und hervorragenden sächsischen Genusses zu verleben. Die Kartenverkaufsstellen sind in der Anlage in dieser Number bekanntgegeben.

— Sächsische Zentrumspartei. Der dritte ordentliche Parteitag der sächsischen Zentrumspartei wird am 10. April vormittags 9 Uhr im Landtagsgebäude (Übungssaal der früheren Grünen Kammer) stattfinden. Die Verhandlungen sind öffentlich. Die politischen Referate haben

zu tun: Senatorpräsident Marx, der Vorsitzende der Zentrumspartei des Reichstages und der deutschen

Zentrumspartei (Politikpolitik) und Abg. Oehlein (Wandern).

— Der Deutsche Reichsbund veranstaltet am Dienstag abends 14 Uhr im "Eldorado", Steinstraße, eine öffentliche Prototypen-Ausstellung gegen Mißstände im Rechts- und Gerichtswesen. Es werden sprechen: Prof. Dingeldey über "Mißstände und Rechtsreform". Regierungsdirektor Holder über "Volkssicherung" und Babelsberger Däbriger über "Die Idee des Rechts".

— Überfüllung der akademischen Berufe? Von gutunterrichteter Seite wird uns mitgeteilt, daß es außer einer Diplomhandelslehrer gibt, die Stellung suchen.

— Helbig-Aubildumskonzert. In dem heute, Freitag, abend 18 Uhr im Rückwärtigen Bade stattfindenden Festkonzert ist die Helbig-Kapelle durch ehemalige Mitglieder der selben auf 20 Mann verharrt. Als Solist wirkt Kammermusiker Otto Wunderlich, ehemaliger Einjährig-Freiwilliger im Schützen-Regiment mit. Die Spielfolge entfällt u. a. auf Wopkiet zu "Meistersinger" O. Woll, Einonie von Schubert, "Kont"fantasie für Violinolo, Peer-Gong-Suite etc. i. Capriccio Italien.

— Auslandsaus- und Auswanderungsausstellung des Deutschen Ausland-Instituts Stuttgart. Die arore Auslandshaupthaus des Deutschen Ausland-Instituts wird morgen, Sonnabend, den 1. April, mittags 12 Uhr, in der Ausstellungshalle des Deutschen Hygiene-Museums, Am Avingerreich, eröffnet werden. Ein Rundgang durch die Ausstellung unter lehrreicher Führung wird sich anschließen. Für den allgemeinen Besuch wird die Ausstellung von nachmittags 2 Uhr ab geöffnet sein. Mit der Ausstellung soll auch eine Reihe außlängender Bildvorträge von Fachkennern über die volle und private wirtschaftliche Bedeutung der Auswanderung verbunden werden. Als erster Redner spricht am Sonnabend 1. April abends 8 Uhr im Vortragssaal des Deutschen Hygiene-Museums (Am Avingerreich 2) der Generalsekretär des Deutschen Ausland-Instituts Stuttgart, Herr Dr. Frey-Wertheimer über: "Auswanderung und Volkswirtschaft".

— Geschäftsjubiläum am 1. April. Das 50jährige Jubiläum feiert das Post- und Telegraphen-Amt, Annenstraße 12, das sich aus den kleinen Anfängen aufs seinerzeit stattfindet an einem selbst bestimmten und gern besuchten Spezialgeschäft für Postsachen. Daar-Zimmer, Tollott-Artikel und Postsachen entwidelt hat. — 50 Jahre vollenden sich auch, daß das Kolonialwaren- und Tropengeschäft, jetzt Postendrogerie genannt, auf der Friedrichstraße gegründet wurde. Seit neunzig Jahren wird es von jungen Jürgen Bartsch betrieben. — Der Würzburgermeister Ernst Schmidt feiert sein 40-jähriges Geschäftsjubiläum. Er gründete 1882 sein Geschäft im Hause Matthes in der Poststraße 4. 1921 feierte er sein 50-jähriges Weinheimjubiläum, er ist über 20 Jahre Obermeister und Gründer der Ulmerheimer-Angeklagten gewesen und wurde vor Kurzem zum Ehrenobermeister ernannt. Die ihm seinerzeit überreichten Reparaturen vieler antiker und eiszeitlicher Funde des Olivenischen Museums und des Mathematisch-Physikalischen Salons haben ihm ein beredtes Zeugnis seiner Erfahrung als Wissenschaftler und — Die Firma Weißner Postausfliegendienst feiert ihr 25-jähriges Jubiläum. — Die Firma Heinrich Niemann Spielwarenfabrik, Dresden-Löbtau, beginnt ihr 25-jähriges Jubiläum.

— Die aktuelle Posthindernisabteilung und der Posthindernisabteilung des Jungmänner-Vereins der Fußgängermeile veranlassen am nächsten Sonntag einen Ausmarsch mit Tagesschreie nach Meißen. Dort findet im Dom Augusteum ein Friedensfest statt und am Abend eine Feier zum 100-jährigen Postjubiläum. — Die Firma Heinrich Niemann Spielwarenfabrik, Dresden-Löbtau, beginnt ihr 25-jähriges Jubiläum.

— Vereinshinrichten. Kreis Vereinigung ehem. 1781. Anlässlich des 15-jährigen Gründungstages des Regimentsmorgens, Sonnabend, 1. April, abends 8 Uhr, im Neuhäder Bahnhof. Aufzugsfeier mit Angelobungen. Ehemalige Regimentsmatrosen willkommen. — Vereinshinrichtung ehem. 1811. Samstag 2. Mai: Monatsversammlung, morgen, Sonnabend, 8 Uhr, im Zuckerkran.

— Bifaria-Theater. Die große Varieté-Premiere, die am Sonnabend stattfindet, umfaßt neue, anderthalb internationale Bühnen-Specialitäten, die sämtlich zum ersten Male in Dresden aufzutreten; vom Sonntag an wird diese Vorstellung täglich abends 14 Uhr fortgesetzt.

— Bei Soriano erfolgt am heutigen Freitag ein einmaliges Auftritt des mexikanischen Trompeters Ramon Prieto di Quodalo, mit einer neuen armen Gruppe von Romeln, Gebras und Tänzern. Morgen ist die erste Aufführung des Tanzfestschaukunstes "Arone und Astell" mit Theodor Becker in der Opernstraße. Der Vorverkauf hat begonnen.

— Schloßkeller, Schloßstraße 16. Morgen, Sonnabend, werden die bis jetzt für Vereinszwecke benötigten Räume des 1. Stockes als Bälle- und Konzerträume eröffnet. Die Inneneinrichtung und Dekoration ist im neuzeitlichen Stile gehalten und bietet Gewohnt für angenehmen Aufenthalt. Ab 8 Uhr spielt eine Klavierkapelle unter Leitung von Kapellmeister Pöder.

— Meissen. In schlichtester Weise, wie es seinem persönlichen Wunsche entsprach, feierte am Dienstag Superintendant Theol. Neubauer sein 25-jähriges Amtsdilettum. Am Vater-Soontag 1887 hat er sein erstes geistliches Amt an der Böhmischem Exulantengemeinde in Dresden-Schönau angetreten, nachdem er vorher 7 Jahre lang am Realgymnasium in Töbeln als Religionslehrer gewirkt hatte.

— Stolzenstein. Die allgemeine Not im Zeitungsgewerbe zwang den Verlag des "Nostwicker Anzeiger", daß bisher nicht erscheinende Blatt nur noch dreimal in der Woche erscheinen zu lassen.

— Plauen. Wegen falscher Anschuldigung bei der Interkulturellen Kommission wurde der bisherrliche Elektrotechniker Wilhelm Hornisch von der zweiten Strafkammer des Landgerichts Plauen zu vier Monaten Gefängnis verurteilt. Hornisch hatte einen auswärtigen Fabrikanten, mit dem er uneins geworden war, der Wahheit zuwider bei der Interkulturellen Kommission beschuldigt, seine wertvolle Einrichtung während des Krieges in Italien und Russland sich widerrechtlich angeeignet zu haben. Das Schöffengericht hatte auf sechs Monate Gefängnis und drei Jahre Ehrenstrafe verurteilt. Die Berufungsinstanz ermahnte die Strafe wie oben angegeben, weil der Angeklagte glaubhaft mache, daß ihn ein Beamter zu der Anzeige veranlaßt und er nicht gewußt habe, daß die Kommission eine feindliche Organisation sei.

Ein Schritt zur Sanierung unseres Zoos.

Zusammenkunft der Aktien. — Erhöhung des Grundkapitals.

Der Aktien-Verein "Zoologischer Garten" zu Dresden trat am gestrigen Donnerstag nachmittag im Konzerthaus unter Leitung des Vorstandes Reichsbaumeister Dr. v. Meyer an seiner Hauptversammlung zusammen, die von 175 Aktionären mit 475 Stimmen besucht und, wie schon seit Jahren, wieder reich an dramatischen Momenten war. Sonders wurde bekanntgegeben, daß Major Büttner-Wobst sein Amt als Aufsichtsratsmitglied niederlegte hat; der Vorsitzende nahm Begegnung, dem Nachfolgenden für seine Verdienste um den Garten und seine Verwaltung Dank und Anerkennung ausdrücklich. Des weiteren kam ein Antrag des Aktionärs Obersekretär Weißler zur Verleistung, wonach der Vertrag des Vorstandes wegen der bekannten Michukau-Angelegenheit sofort abzubrechen sei. Dr. v. Meyer wußt darauf hin, daß dieser Fall noch nicht abgeschlossen sei und noch die nächste Anfangsverhandlung stattfinden werde. Der Vorstand empfahl deshalb, den Antrag bis zur nächsten Aufsichtsratssitzung zurückzustellen. Prof. Dr. Brandes teilte mit, daß die in der letzten Tagerversammlung gegen ihn erhobenen Anklage gegen ihn als unzureichend erachtet werden könne, und schlug eine Abstimmung vor, ob diese Anklage kostengünstig ohne Beweiserhebung abgelehnt werden möge. Herauftrug der Vorstand den Geschäftsbereich vor, dessen Einzelheiten vor vierzehn Tagen bereits ausführlich mitgeteilt haben. Es sei nur kurz wiederholt, daß der Besuch des Gartens trotz der dreimal erhöhten Eintrittspreise eine bislang noch nie vergleichbare Höhe erreicht hat. Der sich trotzdem ergebende Gehalt von 80 000 M. röhrt darauf her, daß der aus den Tierveräußerungen erzielte Gewinn, sowohl er noch nicht an Tierzäpfen verwendet werden konnte, d. h. in Höhe von 44 800 M. für Neuanschaffungen zurückgestellt wurde. Dann kommt noch der bekannte Verlust von 179 428 M. aus dem Vorjahr, so daß über 200 000 M. zu bedenken sind. Der Bericht des Vorstandes wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Major Büttner-Wobst begründete sein offizielles Ausscheiden aus dem Aufsichtsrat damit, daß Prof. Brandes sich um den Garten nicht kümmere, so daß unerhört unmöglich hohe Tierverluste zu verhindern seien. Weiter kritisierte der Redner sehr scharf das Verhalten des Vorstandes gegen den Rat und den vorherigen Rathauskommissar Bürgermeister Dr. Man. Ein Herr Schmidt beschwerte sich namens des Personalrats (?) darüber, daß die Arbeitserfolg von Prof. Brandes zu wenig kontrolliert wird, und bildete die höheren Umstände der Tierverluste. Der Rathauskommissar Stadtrat Müller nahm den Vorstand gegenüber den Angriffen von Major Büttner-Wobst, insoweit sie das Verhalten von Prof. Brandes gegenüber dem Rat betrafen, ganz energisch in Schuß. Wenn die Stadt zu dem schon seit Monaten aufdringenden Geiz um finanzielle Unterstützung bisher noch keine Stellung genommen habe, so liege das daran, daß sie erst die Bilanz abwarten müsse. Die Stadt wolle auch weiter helfen, aber nur unter der Bedingung, daß die Aktionäre selbst an der Sanierung sich beteiligen. Arbeit v. Neibauer sei in Südwärts Richtung sehr schädlich gewesen, gegen den Vorstand auf politische Meinungsverschiedenheiten zurück, er forderte die Verabsiedlung der Aktionäre aus dem Gartens gegen den Aufsichtsrat. Ein Aktionär schied aus dem Personalratsvorstand aus, um keinen Verlust zu erleiden. Ein anderer Aktionär brachte lebhafte Klagen gegen Prof. Brandes vor, das Vieh und Interesse zu seinen Pfleglingen vermissen sollte. Prof. Brandes erklärte, daß die persönlichen Anklage gegen ihn nicht vor die Generalversammlung, sondern vor den Aufsichtsrat gehören, (Pebbles Brauerei) Reichsbaumeister Ohlmann sprach keine lebhafte Verwunderung darüber aus, daß Vorstand und Aufsichtsrat bisher noch keine Verabsiedlung genommen haben, einer vor einem halben Jahre eingegangenen Geldwerde des Gartensvertrags des Gartens gegen Prof. Brandes nochzugeben. Obersekretär Weißler erklärte sich gegen die Bilanz. Stadtrat Beck bedauerte aufs äußerste, daß die Gegnerhaltung gegen Prof. Brandes sich auch aus das Wartersonal übertragen habe; das müsse schließlich zum Ruin des Gartens und damit zu einer schweren Schädigung der Aktionäre führen.

Eine dreimalige öffentliche Abstimmung war erforderlich, um Punkt 2 der Tagordnung zu erledigen. Die Bilanz wurde mit 402 gegen 90 Stimmen genehmigt und die Eröffnung des Vorstandes (Mit 225 gegen 112) und Aufsichtsrates (204 gegen 90) abgelehnt.

Weds Tilgung der Unterbilanz beschloß man nach unendlich langer Ausprache eine Herabsetzung des Grundkapitals um nom. 225 000 M. durch Zusammenlegung der Aktien im Verhältnis 2 : 1, sowie die Erhöhung des Grundkapitals um höchstens nom. 225 000 M. durch Ausgabe von bis zu 225 Stück auf den Namen lautender, mit der Vereinigung des freien Eintritts in die Anlagen der Gesellschaft für die Vorzugsaktien ausgeschalteter Vorzugsaktien über je 1000 M., sowie einige damit zusammenhängende Satzungsänderungen. Ein Antrag, daß Vorstand und Aufsichtsrat verpflichtet sind, die alten Aktionäre in erster Linie bei der Ausgabe der Vorzugsaktien zu berücksichtigen, fand einstimmige Annahme. Bei den Wahlen zum Aufsichtsrat wurden Stadtrat Diez und Stadtverordneter Vertholdt wieder, sowie Stadtrat Beck, Stadtverordneter Schnabel, Prof. Dr. Brach und Konsul Peters neu hinzugewählt.

Aus den amtlichen Bekanntmachungen.

Erhöhung der Hundesteuer und der Beherbergungssteuer und Aufschlag auf staatlichen Grundsteuer. Der Rat gibt nun amtlich bekannt, daß mit Wirkung vom 1. April ab die städtische Hundesteuer auf 800 M. jährlich steigert und die städtische Beherbergungssteuer von 10 % auf 20 % des steuerpflichtigen Beherbergungsgegenstücks erhöht werden ist, und daß zu der am 1. Juli 1922 in Kraft treten den staatlichen Grundsteuer ein städtischer Aufschlag von 25 % tritt.

Borcklöse für den Mittagstisch.

Petersillienkartoffeln.

Franzensbad

In Böhmen.

Erstes Moorbad der Welt!</h3



Des beispiellosen Erfolges wegen vierte und unwiderruflich letzte Woche verlängert!
Das größte Ereignis der Spielzeit 1921/22



Fridericus Rex

I. Teil: Sturm und Drang. II. Teil: Vater und Sohn. — In der Hauptrolle: Otto Gebühr als Friedrich, Kronprinz von Preußen.

Ca. 60000 Personen wurde der Fridericus-Film bis zur Stunde im Prinzen-Theater vorgeführt.

Beginn der Vorführungen: 1, 4, 7 und 9 Uhr.
Karten-Vorverkauf: 11 bis 12 Uhr vomm. an der Theaterkasse.

Konzertdirektion F. Ries (F. Pössner)

Heute Freitag: 7½, Gewerbehaus
Beethoven Neunte Symphonie
Dirigent: Edwin Lindner
Karten F. Ries, Abendkasse.

Nächsten Mittwoch, 7½, Palmengarten
Sonaten-Abend
Erhard Heyde Striegler
Violin Klavier
Brahms d. Hans Pfitzner e. Mozart C
Konzertsaal Aug. Förster, Waisenhausstraße 8
Karten F. Ries, Sonntags 21.

Linckesches Bad
Heute Freitag:
Großes Festkonzert
anlässlich des 25jähr. Dirigenten-Jubiläums
des Herrn Musikdirektors **A. Helbig**.
Kapelle des L.-J.-Rat., inf.-Rgt. 10, unter gütiger
Mitwirkung von einem bei Musikkreis Helbig
gedienten Musikern.
Solist: Herr Kammermusiker
Otto Wunderlich (Violine).
Leitung: Musikdirektor A. Helbig.
Orchester 70 Mann.
Gutgewöhntes Programm.
Anfang 7.30 Uhr. Eintritt M. 5.—

Geile 8

Dresdner Nachrichten
Freitag, 31. März 1922

Jr. 154

U.T. **Licht-Spiele**
„Die Sphinx“
Ein dramatisches Lebensbild in 5 Akten.
In der Hauptrolle: **Francesca Bertini**.

Das kleine Modistenmädchen

Die Geschichte einer Sommerliebe in vier Monaten.
Nach Eugen Heltai, für den Film bearbeitet von Ludwig Vayda.

Wochen- und Sonntags: 4, 7 u. 9 Uhr

Tonbild-Theater

Prager Straße 47

Ab 30. März:

Die blaue Ratte

Spannendes Detektiv-Abenteuer in 6 Akten

Hauptrolle: **Aruth Wartan**.

Olympia-Theater
Altmarkt

Der Liebesroman aus der Rokokozeit
Die Intrigen der Madame de la Pommeraye

Großes Schauspiel in 5 Akten nach Diderot'schen Motiven.
In Ausstattung und Spiel hervorragend!
Mitwirkende:
Olga Osowska — Marg. Schlegel
Grete Berger — Alfred Abel

Beginn der Werkstage: 4, 6, 7 u. 9 Uhr
Vorführungen Sonntags: 3, 4, 5, 6, 7, 8 Uhr

Königshof-Theater
Max Neumann und Gesellschaft
Nur noch bis 31. März
„Die Buxe der Pandora“

Restaurant Continental-Hotel

Vornehmstes Restaurant
am Hauptbahnhof.

* Täglich abends

Künstler-Konzert

Elegante Räume für Privatfestlichkeiten
und Konferenzen

Ymians Phalia Theater
Die Tante kommt erst am 1. April.
Bis Freitag noch!
Der beliebte herrliche Faschings-Spielplan.
Alle Plätze an der Kasse. Vorzugskarten gültig.
Letzte Woche! Sonntag 4 Uhr! Preis, Kinderkarte!

SARRASANI
Täglich 7,15 Uhr. Sonntag u. Mittwoch auch 3 Uhr.
Vorverkauf: Circuskasse (Telefon. 2341) u. Residentenkasse. — Heute Freitag

Einmaliges Aufreten
des mexikanischen Dompteurs
Ramon Prieto di Quadalahara
mit Kamelen, Zebras, Nilpferden.
Außerdem der große Spielplan mit 18 Attraktionen.

Neuer Sachsen-Palast
Dresden-A. Neumarkt 11
Vorzügliche Küche u. ti. Weine
Mittags- und Abend-Gedecke
Rot und Weiß Schoppenweine.
Täglich Künstler-Konzert
Friedrich Rühmann.

Staufen sofort
alte Uhren, Gold- u.
Silbergegenstände,
Briefmarken, Medaillen, Münzen.
R. Hofstein,
11 Marschallstraße 11.

Alte Zähne
Zahngebisse
Gold- u. Silbergegenstände
kauff zum höchsten Tagepreise
Rath
48, 2. Marschallstr. 48, 2.
Vom 1. 5. 19, 21, 23.

Harmonium, usw.
Piano in jeder
Flügel Preislage
(a. Phonolausstellung d. Borch.)
Weg 1. m. Borch an Münster.
Büro eröffnet 1. Febr. 1922.
oder Flügel auf
zu Borch Borch,
Werderstr. 24 4300.

Mette Georg
lebter Brief. Brief liegt in der
Ecke, d. Bl.

Opernhaus.
7. Sinf.-Konzert (Reise B)
Leitung: Generalmusikant
Sinf. Kapellmeister Fritz Buch.
1. Schumann, Georg. Tortona
und Dopp-Jugne über ein ließiges Thema Werk B.
2. Schubert, Franz. V. Romant.
für Violin mit Schubert
abgleich (D-dur). Werk 35.
3. Grau, R. Till Eulenspiegels
lustige Streiche, Werk B.
Ende gegen 5 Uhr.
Borm., 12. Dechantenhausprobe
Sinfonien: Sibyl. Bohemia,
Sig. Eudorina, Mrs. Rosen-
hauer

Schauspielhaus.
7. Das Oper (Sinfonie).
Leitung: Generalmusikant
Generalmusikant Schubert
Propheta Eichner
Unterh. Weißner
Dennemann Müller
Oros Dürsch
Teure Goetz
Gossen Gauß
Mitter Döbel
Tello Döbel
Rapo Döbel
Unterh. Kleinodess

Ende nach 10 Uhr.
Dresden, Volksbühne: 3671—3603
Spielplan: Sibyl. Um Tief-
nach. Sig. ehem. Minna von
Borheim (Wortspiel für die
Bühnen), abends: Romeo
und Julia, Mrs. Leibermann.

Neustädter
Schauspielhaus.
1/2. Vollspiel von O. Blumen-
berg und G. Nobelsburg.
Joseph Vogthuber (Marius)
Brandmayer Ulrich
Grethe Reiß
Ottlie Über
Hanselmann Rom
Görchen Wagner
Dr. Sieber Straube
Eduard Schröder

Ende 10 Uhr.
Bühnenkasse: 3701—3800
Spielplan: Sibyl. Ich wiechham.
Romeo und Julia, Mrs. Leibermann.

Residenz-Theater.
1/2. Die Könige der Nach.
Große Bühne mit Galerie.
Musik von Walter Kollo.

Ziegler Kollo
Rolle Kollo
Dr. Wertheim Schubert
Wolff Sorelli Heimat
v. Breiteweg Camper
Hagedorn Willy
Fischhorn Jutta
Ende nach 10 Uhr.
Die Könige der Nach.

Central-Theater.
Das Teatro-Central.
1/2. Operette von Leonoff.
Gret. Giulian Marsh
Wortzine Rimbach
Gloria Friedrich
Paul Wagner

Ende 160 Uhr.
Spielplan: Das Teatro-Central.

Beratungswort: ut der reizenden
Test: Dr. H. Zwirner,
Dresden; für die Anzeige: Willi
Heimburger, Dresden. Eine Ge-
marke ist d. Größe der Anzeigen
an d. entsprechenden Tagen sowie
am nächsten beiden nicht aus-
stellen. — Aus d. Erhebung der
Zeitung, in engl. sprachlicher
Schriften in der Verteilung des
Blattes (Mangel an Materialien)
oder um Werbung unmöglich wird,
ist der Besitzer keinen Einpruch
am Nachdruck oder Ab-
druck zu machen des Belegscheides.

Das neutrale Blatt erhält 14 Seit.
einfach, der in Dresden ebenso
gerader wiederaufzugeben

Viktoria-Theater.

Sonnabend, 1. April, und folgende Tage
Große Internationale

Neu! Variété-Première Neu!

Neu!

Neu! Variété-Première Neu!

Neu!

Sämtliche Künstler und Spezialitäten
zum ersten Mal in Dresden!

Karten-Vorverkauf an der Kasse im Vestibül.

Sonntag Fortsetzung des neuen großen Variété-Spielplanes.

Börsen- und Handelsteil.

Die Reichsbank im Jahre 1921.

On der Hauptversammlung der Anteilseigner der Reichsbank gab der Präsident des Reichsbankdirektorium Dr. Davenstein einen Überblick über die Entwicklung des Wirtschaftslebens und des Geldmarktes und eine Übersicht über die geschäftliche Tätigkeit der Reichsbank während des Jahres 1921. Aus seinen Ausführungen ist folgendes hervorgehoben:

Die rigorose Anwendung der Sanctionspolitik, die Fortsetzung auf Grund des Londoner Ultimatums und die Abtrennung für die deutsche Volkswirtschaft lebenswichtiger Gebiete überstiegen vernichtet die im ersten Halbjahr des Berichtsjahrs erzielten Anläufe zur Befriedung des deutschen Wirtschaftslebens. Im zweiten Halbjahr segte ein schneller Starz des Marktes ein, verbunden mit außerordentlichen Lohns- und Preissteigerungen, sowie einem weiteren rapiden Anwachsen der Reichsschulden. Im Zusammenhang mit dieser Entwicklung wuchs der Notenumlauf um 45 Milliarden auf 110 Milliarden Ende 1921. Gleichzeitig neigte sich die gesamte Kapitalanlage um 25 Milliarden auf 131 Milliarden, in der Hauptrasse hervorgerufen durch die weitere Belastung der Reichsbank mit Schausanstellungen des Reiches. Wenn auch durch die nachfolgenden Bemühungen der Reichsbank wieder ein nicht ungewöhnlicher Teil der vom Reich ausgegebenen Schausanstellungen am offenen Markt abgelegt werden konnte, so blieb infolge des Jurabekleidens der anliegenden Geldkapitalien hinter der Geldentwertung und der Bewahrung der höheren Gewinnchancen die bestehende Geldergabe für private Zwecke ein größerer Progenit aus als im Vorjahr in den Händen der Reichsbank.

Auch im Jahre 1921 erreichten der rege Beschäftigungsgrad und die zum Teil nicht unbedeutlichen imaginären Papiermärkte gewinne einiger Zweige der Exportindustrie den Endpunkt einer Schieflinie, aus der besonders das Ausland ein Aufblühen des gesamten Wirtschaftslebens hofften zu können glaubte. Demgegenüber zeigten jedoch die Produktions- und Außenhandelsziffern trotz vermehrter Arbeitsfreudigkeit und Unternehmenslust keinen Fortschritt, ein Beweis dafür, daß solange mit den Reparationslasten die organische Entwicklung des Wirtschaftslebens zerstören, alle Versuchungen Deutschlands, die gegenwärtigen Verhältnisse zu verbessern, ergebnislos verlaufen müssen.

Die ungünstige Entwicklung der deutschen Wechselkurse nahm im Berichtsjahr Rückszenen an, die zuletzt geradezu einen Zusammenbruch der deutschen Währung bedeuteten und demgegenüber alle Werthe der Rentennotenbank, den Sturz aufzuhalten, von vorheriger Sicherheit mußten. Die Gründe für den Niedrig der Marktwerte bildeten einmal das schwundende Vertrauen in die Finanzkraft des Reiches, das sei- nen mit der Geldentwertung begleitenden Verpflichtungen trotz starkem Anziehen der Steuerabgabe aus regulärem Wege nicht nachzufinden vermochte, andererseits und vor allem aber der gewaltige Passivaufbau der Notenbanken, namentlich verursacht durch die nicht tragbaren Reparationsleistungen, ferner durch die an das Ausland zu zahlenden Verträge für Schiffsbauten, für Zänen, Speisen und Amortisierung der ständig wachsenden Auslandsverfassung usw. Das Ergebnis der Zahlungsschlüsse konnte in der Regel nur dadurch gezeigt werden, daß das Ausland Marknoten, Markpapiere oder Wertpapieren im In- und Ausland übernahm. Die im Ausland angebauten Erträge an Wertschlagsmitteln gaben an den internationalen Märkten Anlaß zu Spekulationen, durch welche die Wechselkurse gleichfalls in Willkürshand gezeigt wurden. Beklommene Dienstleistete die Reichsbank dem Reich durch die Voraussicht von Deviationsmaterial, welches für die Ableitung der durch das Londoner Ultimatum geforderten Goldmiliarden, sowie der sonstigen Verpflichtungen erforderlich war. Die Reichsbankverwaltung war gezwungen, für diesen Zweck nicht nur die vorhandenen Deviationsraten heranzuziehen und somit damit des wichtigen Instrumentarium ihrer Deviationspolitik zu beraubten, sondern auch ihre Metallbestände anzugreifen. So verständigte sie den größten Teil ihres Silbervorrates im Ausland gegen Vergabe eines Darlehens von 58 Millionen Goldmark und deckte einen nicht anderen aufzubringenden Rest aus ihren Goldbeständen durch Vergabe von 68 Millionen Goldmark. Gleichzeitig bahnte sie mit wichtigen ausländischen Zentralnotenbanken engeren Geschäftsbetrieb an, um durch Anzapfung ausländischer Reserven auf Konten dieser Zentralbanken, sowie durch vorübergehende Lombardierung von Teilen ihrer Goldbestände die für Reparationsleistungen notwendigen Transaktionen ohne Zeit- und Wertverlust vornehmen zu können. Die Gesamtumsätze der Reichsbank stiegen im Jahre 1921 auf 20 000 Milliarden Mark gegen 12 770 Milliarden Mark im Jahre 1920.

Der im Jahre 1921 erzielte Gesamtgewinn bezifferte sich auf 9,8 Milliarden Mark. Ihm stehen beträchtliche Verluste, und zwar in Höhe von 8,1 Milliarden Mark gegenüber, die dadurch entstanden sind, daß die Reichsbank die von ihr während des Krieges im öffentlichen Interesse übernommenen Balatons- und Goldschulden abzudecken hatte. Infolge der überraschenden Entwicklung des Marktes im Laufe des Jahres 1921 erreichten die Verluste die erwähnte außerordentliche Höhe. Der zur Verteilung an das Reich und die Anteilseigner verbleibende Gewinnbetrag hält sich daher, wie in den Vorjahren, verhältnismäßig in engen Grenzen. Die Berechnung über die Verteilung des Gewinnes und der Dividende, sowie die Bilanz können nur unter dem Vorbehalt mitgeteilt werden, daß der von der Reichsregierung den gesetzgebenden Körpern vorgelegte Gesetzesentwurf über die Verteilung des Gewinnes der Reichsbank für das Jahr 1921 unverändert verbleiben wird. Nach diesem Gesetzesentwurf regelt die Verteilung des Gewinnes wie folgt: Von dem Gesamtgewinn — 9777 Millionen Mark — kommen als wesentliche Posten in Abzug: für Verwaltungskosten 839,4 Millionen Mark im Vorjahr: 20,1 Millionen Mark, für Banknotenherstellung 202,1

Millionen Mark, vorweg an das Reich abzuführender Betrag 500 Millionen Mark, für Verluste infolge der von der Reichsbank übernommenen Garantie für Auslandskredite 815,4 Millionen Mark. Da ein Teil der Abdeckungen garantierter Auslandskredite bis zum Jahresende nicht völlig abgerechnet werden konnte, wird für einen entsprechenden Verlustbeitrag zunächst eine Reserve in Höhe von 401,5 Millionen Mark bei der Reserve für Kriegsverluste vorgenommen. Demgemäß verbleibt ein Nettoertrag von 64,8 Millionen Mark. Von dieser Summe entfallen auf den Anteilseigner 5,5 Millionen Mark, auf das Reich 41 Millionen Mark und auf die Anteilseigner 18 Millionen Mark. Die Dividende der Anteilseigner beläuft sich demnach auf 10 % zum Vorjahr 8,7 %. Der Nettoertrag für zweitzeitliche Vorderungen der ursprünglich 6,2 Millionen Mark betrug und im Berichtsjahr durch Abschreibungen auf 5 Millionen Mark vermindert worden ist, erhöht durch Aufstellung von 31,2 Millionen Mark eine Erhöhung auf 36,3 Millionen Mark.

* Die Kölner Bauhäusler A. Levy und Sohn Oppenheim Jr. & Co. haben ihre bisherigen freundschaftlichen Beziehungen zu einer engen Interessengemeinschaft verdichtet. Zur Sicherung des Verhältnisses treten S. Alfred Kreibich v. Oppenheim und dessen Sohn Walther Kreibich v. Oppenheim als offizielle Gesellschafter in das Bauhaus A. Levy ein, während gleichzeitig Herr Kommerzienrat Louis Hagen offener Teilhaber des Bauhauses A. Levy & Co. wird. In Verbindung hiermit werden in das Bauhaus A. Levy der bisherige Gesellschafter Einzelproduzent Hermann Schröder und das bisherigstellende Vorstandsmittel der Rheinischen Aktiengesellschaft für Brunnenschleiferei und Breitefabrikation Dr. Hans Dettl, sowie in das Bauhaus A. Levy & Co. Wilhelm Chan als Teilhaber aufgenommen.

Narmer Bankverein. Zur Anschauung im Bericht über die Abschlußverhandlung vom 31. Dezember 1921 steht auf: An-

weisungen: 4 413 250 010 M. 12 402 537 141 M. 1. B. An Posten: 4 413 250 010 M. 12 402 537 141 M. 1. B. An Posten: 4 413 250 010 M. 12 402 537 141 M. 1. B. Die Bilanz-Rechnung ist durch das bei Begehung von 110 Millionen Mark neuen Aktien erzielte Aufgehol von 88,2 Millionen Mark, jenes durch Ausstellung von 5 258 800 M. aus der Gewinn- und Verlustrechnung erhöht worden; die gemachten Rücklagen sind mit 100 Millionen Mark auf 135 Millionen Mark aufgestockt. Es tritt kein

neuer weiterer 40 Millionen Mark durch freihändige Verwertung des Fonds der den Aktiengesellschaft nicht zum Bezug gebrachten Aktien. Die Gewinn- und Verlustrechnung zeigt 11. De-

zember 1921 an Gehüchten, Aachen, Düsseldorf und Offenbach sowie insgesamt auf: 233 800 000 M. 111 680 410 M. 1. B. Hierzu gehen ab an Verwaltungskosten, Steuern und öffentlichen Kosten, Abstribungen und Rückstellungen insgesamt 184 004 828 M. 1. B. 71 140 234 M. 1. B. Nach Abzug dieser Posten bleibt einschließlich des Verlustes aus dem Vorjahr von 977 154 M. (183 000 M. 1. B.) ein Reingewinn von 90 571 862 M. 63 718 194 M. 1. B. Der Aufsichtsrat hat beschlossen, vorbehaltlich der Genehmigung durch die Generalversammlung den Gewinn in folgender Weise zu verwenden: 14% Dividende auf 200 000 000 M. 10% 1. B. auf 150 000 000 M. 1. B. gleich 15 000 000 M. 1. B. 25 000 000 M. 1. B. Ausweitung zur angedeuteten Rücksicht 5 258 800 M. 10 242 000 M. 1. B. Baureserve 10 000 000 M. 1. B. Gewinnzettel an den Aufsichtsrat 4 500 000 M. 12 404 418 M. 1. B. Neuer Notzing 1 762 611 M. 107 154 M. im Vorjahr.

Dresdner Aktienpapier-Journal A.G., Dresden. Die ordentliche Hauptversammlung, in der ein Aktionär 237 Stimmen vertrat, genehmigte einstimmig das Rechnungswerk des abgelaufenen Geschäftsjahrs, legte die Dividende auf 8 % für die Aktien Kl. A und auf 22 M. für jeden Gewinnzettel fest und entlastete einstimmig die Verwaltung.

Vereinigte Fabriken photographischer Papiere, Dresden. In der ordentlichen Hauptversammlung, in der 5 Millionen 816 Stimmen vertreten wurden, wurde das Rechnungswerk für 1921 einstimmig genehmigt, die vorgelegte Dividende auf 10 % für die Aktien und 22 M. für jeden Gewinnzettel erhebt und die Verwaltung einstimmig entlastet. Ferner wurde den beantragten Satzungsänderungen ohne Aussprache zugestimmt.

Quintalsdruck-Aktiengesellschaft, Dresden. Mit einem Aktien-

kapital von 15 Millionen Mark, verteilt in 4 Millionen Mark Stammaktien und 500 000 M. mit ausschließinem Stimmberecht an geschlossener Börsengesellschaft, wurde die Gesellschaft in das Dresden-Handelsregister eingetragen. Den Vorstand bilden die Direktoren Heinrich Reinhold, Gustav Lehmann und Emil Hermann Voigt, sowie der Syndicus Dr. jur. Johannes Martin Arntz, lädtlich in Dresden. Die Gründer der Gesellschaft sind der Fabrikbesitzer Kurt Brügel in Dresden, der Rentier Napoleon Mohr in Oberhainz-Radebeul, der Kaufmann Julius Hermann Walther Spiegel in Dresden, der Dr. med. Theodor Julius Arndt in Dresden, der Privatsekretär Georg Hans Joachim Major in Hellerau, die familiäre Aktien übernommen haben. Dem ersten Aufsichtsrat gehören die vorgenannten Herren Brügel, Mohr und Arndt an.

Thomas, Sächsische Eisen- und Wandplatten-Werke Aktiengesellschaft, Weißen. In der Hauptversammlung wurde der Aufschluß

für das Geschäftsjahr 1921 nach den Vorstößen der Verwaltung genehmigt, wosowohl unter anderem eine Dividende von 20 % auf die alten und 15 % auf die jungen Aktien verteilt wird. Ferner beschloß die Versammlung die Erhöhung des Aktienkapitals um 1 Millionen Mark Stammaktien und 200 000 M. Börsengeschäften, welche an die Commerz- und Privat-Bank Aktiengesellschaft, beide in Dresden in Dresden begeben werden. Die bisherigen Stammaktien erhalten ein Bezugssrecht im Verhältnis von 4 : 1 zum Kurs von 200 %. Das turnusmäßig andeckende Aufsichtsratsmitglied, Herr Kommerzienrat Schleicher, wurde einstimmig wiedergewählt.

Grundstück-Aktiengesellschaft, Dresden. Mit einem Aktien-

kapital von 15 Millionen Mark, verteilt in 4 Millionen Mark

Stammaktien und 500 000 M. mit ausschließinem Stimmberecht an geschlossener Börsengesellschaft, wurde die Gesellschaft in das Dresden-Handelsregister eingetragen. Den Vorstand bilden die Direktoren Heinrich Reinhold, Gustav Lehmann und Emil Hermann Voigt, sowie der Syndicus Dr. jur. Johannes Martin Arntz, lädtlich in Dresden. Die Gründer der Gesellschaft sind der Fabrikbesitzer Kurt Brügel in Dresden, der Rentier Napoleon Mohr in Oberhainz-Radebeul, der Kaufmann Julius Hermann Walther Spiegel in Dresden, der Dr. med. Theodor Julius Arndt in Dresden, der Privatsekretär Georg Hans Joachim Major in Hellerau, die familiäre Aktien übernommen haben. Dem ersten Aufsichtsrat gehören die vorgenannten Herren Brügel, Mohr und Arndt an.

Thomas, Sächsische Eisen- und Wandplatten-Werke Aktiengesellschaft, Weißen. In der Hauptversammlung wurde der Aufschluß

für das Geschäftsjahr 1921 nach den Vorstößen der Verwaltung genehmigt, wosowohl unter anderem eine Dividende von 20 % auf die alten und 15 % auf die jungen Aktien verteilt wird. Ferner beschloß die Versammlung die Erhöhung des Aktienkapitals um 1 Millionen Mark Stammaktien und 200 000 M. Börsengeschäften, welche an die Commerz- und Privat-Bank Aktiengesellschaft, beide in Dresden in Dresden begeben werden. Die bisherigen Stammaktien erhalten ein Bezugssrecht im Verhältnis von 4 : 1 zum Kurs von 200 %. Das turnusmäßig andeckende Aufsichtsratsmitglied, Herr Kommerzienrat Schleicher, wurde einstimmig wiedergewählt.

Grundstück-Aktiengesellschaft, Dresden. Mit einem Aktien-

kapital von 15 Millionen Mark, verteilt in 4 Millionen Mark

Stammaktien und 500 000 M. mit ausschließinem Stimmberecht an geschlossener Börsengesellschaft, wurde die Gesellschaft in das Dresden-Handelsregister eingetragen. Den Vorstand bilden die Direktoren Heinrich Reinhold, Gustav Lehmann und Emil Hermann Voigt, sowie der Syndicus Dr. jur. Johannes Martin Arntz, lädtlich in Dresden. Die Gründer der Gesellschaft sind der Fabrikbesitzer Kurt Brügel in Dresden, der Rentier Napoleon Mohr in Oberhainz-Radebeul, der Kaufmann Julius Hermann Walther Spiegel in Dresden, der Dr. med. Theodor Julius Arndt in Dresden, der Privatsekretär Georg Hans Joachim Major in Hellerau, die familiäre Aktien übernommen haben. Dem ersten Aufsichtsrat gehören die vorgenannten Herren Brügel, Mohr und Arndt an.

Grundstück-Aktiengesellschaft, Dresden. Mit einem Aktien-

kapital von 15 Millionen Mark, verteilt in 4 Millionen Mark

Stammaktien und 500 000 M. mit ausschließinem Stimmberecht an geschlossener Börsengesellschaft, wurde die Gesellschaft in das Dresden-Handelsregister eingetragen. Den Vorstand bilden die Direktoren Heinrich Reinhold, Gustav Lehmann und Emil Hermann Voigt, sowie der Syndicus Dr. jur. Johannes Martin Arntz, lädtlich in Dresden. Die Gründer der Gesellschaft sind der Fabrikbesitzer Kurt Brügel in Dresden, der Rentier Napoleon Mohr in Oberhainz-Radebeul, der Kaufmann Julius Hermann Walther Spiegel in Dresden, der Dr. med. Theodor Julius Arndt in Dresden, der Privatsekretär Georg Hans Joachim Major in Hellerau, die familiäre Aktien übernommen haben. Dem ersten Aufsichtsrat gehören die vorgenannten Herren Brügel, Mohr und Arndt an.

Grundstück-Aktiengesellschaft, Dresden. Mit einem Aktien-

kapital von 15 Millionen Mark, verteilt in 4 Millionen Mark

Stammaktien und 500 000 M. mit ausschließinem Stimmberecht an geschlossener Börsengesellschaft, wurde die Gesellschaft in das Dresden-Handelsregister eingetragen. Den Vorstand bilden die Direktoren Heinrich Reinhold, Gustav Lehmann und Emil Hermann Voigt, sowie der Syndicus Dr. jur. Johannes Martin Arntz, lädtlich in Dresden. Die Gründer der Gesellschaft sind der Fabrikbesitzer Kurt Brügel in Dresden, der Rentier Napoleon Mohr in Oberhainz-Radebeul, der Kaufmann Julius Hermann Walther Spiegel in Dresden, der Dr. med. Theodor Julius Arndt in Dresden, der Privatsekretär Georg Hans Joachim Major in Hellerau, die familiäre Aktien übernommen haben. Dem ersten Aufsichtsrat gehören die vorgenannten Herren Brügel, Mohr und Arndt an.

Grundstück-Aktiengesellschaft, Dresden. Mit einem Aktien-

kapital von 15 Millionen Mark, verteilt in 4 Millionen Mark

Stammaktien und 500 000 M. mit ausschließinem Stimmberecht an geschlossener Börsengesellschaft, wurde die Gesellschaft in das Dresden-Handelsregister eingetragen. Den Vorstand bilden die Direktoren Heinrich Reinhold, Gustav Lehmann und Emil Hermann Voigt, sowie der Syndicus Dr. jur. Johannes Martin Arntz, lädtlich in Dresden. Die Gründer der Gesellschaft sind der Fabrikbesitzer Kurt Brügel in Dresden, der Rentier Napoleon Mohr in Oberhainz-Radebeul, der Kaufmann Julius Hermann Walther Spiegel in Dresden, der Dr. med. Theodor Julius Arndt in Dresden, der Privatsekretär Georg Hans Joachim Major in Hellerau, die familiäre Aktien übernommen haben. Dem ersten Aufsichtsrat gehören die vorgenannten Herren Brügel, Mohr und Arndt an.

Grundstück-Aktiengesellschaft, Dresden. Mit einem Aktien-

kapital von 15 Millionen Mark, verteilt in 4 Millionen Mark

Stammaktien und 500 000 M. mit ausschließinem Stimmberecht an geschlossener Börsengesellschaft, wurde die Gesellschaft in das Dresden-Handelsregister eingetragen. Den Vorstand bilden die Direktoren Heinrich Reinhold, Gustav Lehmann und Emil Hermann Voigt, sowie der Syndicus Dr. jur. Johannes Martin Arntz, lädtlich in Dresden. Die Gründer der Gesellschaft sind der Fabrikbesitzer Kurt Brügel in Dresden, der Rentier Napoleon Mohr in Oberhainz-Radebeul, der Kaufmann Julius Hermann Walther Spiegel in Dresden, der Dr. med. Theodor Julius Arndt in Dresden, der Privatsekretär Georg Hans Joachim Major in Hellerau, die familiäre Aktien übernommen haben. Dem ersten Aufsichtsrat gehören die vorgenannten Herren Brügel, Mohr und Arndt an.

Grundstück-Aktiengesellschaft, Dresden. Mit einem Aktien-

kapital von 15 Millionen Mark, verteilt in 4 Millionen Mark

Stammaktien und 500 000 M. mit ausschließinem Stimmberecht an geschlossener Börsengesellschaft, wurde die Gesellschaft in das Dresden-Handelsregister eingetragen. Den Vorstand bilden die Direktoren Heinrich Reinhold, Gustav Lehmann und Emil Hermann Voigt, sowie der Syndicus Dr. jur. Johannes Martin Arntz, lädtlich in Dresden. Die Gründer der Gesellschaft sind der Fabrikbesitzer Kurt Brügel in Dresden, der Rentier Napoleon Mohr in Oberhainz-Radebeul, der Kaufmann Julius Hermann Walther Spiegel in Dresden, der Dr. med. Theodor Julius Arndt in Dresden, der Privatsekretär Georg Hans Joachim Major in Hellerau, die familiäre Aktien übernommen haben. Dem ersten Aufsichtsrat gehören die vorgenannten Herren Brügel, Mohr und Arndt an.

Grundstück-Aktiengesellschaft, Dresden. Mit einem Aktien-

kapital von 15 Millionen Mark, verteilt in 4 Millionen Mark

Stammaktien und 500 000 M. mit ausschließinem Stimmberecht an geschlossener Börsengesellschaft, wurde die Gesellschaft in das Dresden-Handelsregister eingetragen. Den Vorstand bilden die Direktoren Heinrich Reinhold, Gustav Lehmann und Emil Hermann Voigt, sowie der Syndicus Dr. jur. Johannes Martin Arntz, lädtlich in Dresden. Die Gründer der Gesellschaft sind der Fabrikbesitzer Kurt Brügel in Dresden, der Rentier Napoleon Mohr in Oberhainz-Radebeul, der Kaufmann Julius Hermann Walther Spiegel in Dresden, der Dr. med. Theodor Julius Arndt in Dresden, der Privatsekretär Georg Hans Joachim Major in Hellerau, die familiäre Aktien übernommen haben. Dem ersten Aufsichtsrat gehören die vorgenannten Herren Brügel, Mohr und Arndt an.

Grundstück-Aktiengesellschaft, Dresden. Mit einem Aktien-

kapital von 15 Millionen Mark, verteilt in 4 Millionen Mark

Stammaktien und 500 000 M. mit ausschließinem Stimmberecht an geschlossener Börsengesellschaft, wurde die Gesellschaft in das Dresden-Handelsregister eingetragen. Den Vorstand bilden die Direktoren Heinrich Reinhold, Gustav Lehmann und Emil Hermann Voigt, sowie der Syndicus Dr. jur. Johannes Martin Arntz, lädtlich in Dresden. Die Gründer der Gesellschaft sind der Fabrikbesitzer Kurt Brügel in Dresden, der Rentier Napoleon Mohr in Oberhainz-Radebeul, der Kaufmann Julius Hermann Walther Spiegel in Dresden, der Dr. med. Theodor Julius Arndt in Dresden, der Privatsekretär Georg Hans Joachim Major in Hellerau, die familiäre Aktien übernommen haben. Dem ersten Aufsichtsrat gehören die vorgenannten Herren Brügel, Mohr und Arndt an.



Seite 10

Dresdner Nachrichten
Dresden, 21. März 1922

Seite 154



Allgemeiner Hausbesitzer-Verein zu Dresden.
Sonntag den 2. April 1922 vor mittags 11 Uhr außerordentliche Mitgliederversammlung im großen Saale des Vereinshauses, Augustusstraße 17.
Vortrag des Herrn Direktor **Dietrich**, Berlin, über:
a) das Reichsmittelgesetz,
b) das geplante Mietrichtungsgebot und
c) die sonstigen geplanten Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Hausbesitz,
mit Rücksicht auf die Bedeutung des Vertrages mit all den Gründen der Mitglieder bringend geboten. Mitgliedsbeitragskarte ist vorzulegen.
Der Vorstand. General gen. Paul.

Wohlfelle Gardinen

Tüllkante	1600, 1000	Gardinen, 100/104 cm	5400, 4800
Spachtelkante	1600, 1400	Gardinen, 130 cm	6000, 5800
Tüll-Volants	2950, 2630	Spannstoff, 70/73 cm	5200, 4950
Scheibengardinen	4300, 3000	Spannstoff, 130 cm	6600, 6200
Brise-Bises	4700, 4200	Halbstores	17500, 16000
Gardinen	3600, 3200	Künstler-Gartaturen	42000, 32000

H. Zeimann
Webergasse Nr. 1, erste Etage.

Anzugstosse

Homespuns, Covercoats und Marengos	120
Reinw. Damenluchs, 140 u. 130 cm breit, in marine, blau, grün, rotbraun, made u. a. Taf., 350, 225, 200 und	175
Reinwoll. Hammgarn-Cheviots	120
Manchester u. Körde	110

Für Wiederverkäufer besondere Preise.

Baron & Co.

31, II. Staulbachstr. 31, II., Ecke Billnicher Str.



Billige Konserven
Weihkohl 2-Pfund-Dose 5,50
Rötkohl 2-Pfund-Dose 6,50
Karotten 2-Pfund-Dose 8,00
Kolonialwaren-Noack
nur Friesengasse 3.

Geschäftsbücher

Kopierbücher, Kopierrollen
Briefordner, Schnellhefter
M. & R. ZOCHER
Annenstraße 9

Asthma

Elektromotoren und Dynamos
jeder Bauart v. Leistung zu Lager oder kurzfristig lieferbar.
Henn & Co., Lmhd.
Dresden A., Friedrichstr. 18.
Tel. 17455 Tel.-Adr. Elektronik.

C. Dörmerschmidt,
Ostermühlstr. 9 (Färberei)
Filiiale Lautzumstraße 9

Lehrling

für unsere Abteilung
Steindruckerel
gelief. Gute Bodenbildung gewährleistet.
Kunststein Stengel & Co., G. m. b. H.
Bärensteiner Straße 29.

Betempelshenes, lauberes Hausmädchen

bei jedem Raum, guter Bezahl. und Raff zum halbigen
Preis für Dienstboten erlaubt. Rödche und Amber-
industrie vorhanden. Bewerbe, aber vorzelle: Ober-
lößnitz, Holländische Straße 72, Chemnitz, Radebeul 9-1.

Wohnungen

Günstiger Wohnungs-Tausch!

Buchholz, Mod. 4-Zimmer-Wohn-
raum, Schreiber ab. Bären-
mühle, gegenüber Bären-
mühle, 4-Zimmer-Wohn. in Ober-
lößnitz, Am. Industrie, Dresden,
gebt nur 820 m² Raum.
Biete: Zehntausend Mark
für außer freiem Umgang.
Umgebote und mögl. breit. An-
gaben u. M. 991 Str. 5 Bi.

Wohnungs-Tausch Hippoldiswalde
Große 6-Zimmer-Wohnung, in
Dippoldiswalde, am Markt
gelegen. Umgeb. u. L. G. 5438
an Rudolf Meiss, Leipzig

Grundstücke

Bewohnte meist sehr gut
gehoben

Landgasthof

mit Landwirtschaft in industrie-
reichem Ort ergibt ein in gutes
Jahre wirtschaftliches Gut von
ca. 60-80 Hektar Größe. Offerten
unter 1. April 1922 Str. 5 Bi.

Schloss

gegliedert, 30 Räume, 13 Schill.
Geb. u. Wiese, Größe u. Schiene,
bei ca. 300000 Mark ab verkauft.
Geb. abgetrennt, soll als Schloss,
Haus u. Objekt. Geb. Kauf
auf 1. Objekt. Schloss Kauf,
Wiesbaden.

Landgut

in besserer Wohnlage, abca.
100 Hektar, mit großem un-
erhöhtem Wert, industriell
ausbestimmt, wird gegen ent-
sprechend großes Gut über
Ritterat mit kleinen Böden
u. meistigen Gebüsch abge-
geben. Das Gut braucht
nur leicht auf der
Stütze zu sein. Offerten um
L. 241 an die Str. 5 Bi.

Grundstück

aller Art
kaufen man bestens durch
Alex. Neubauer,
Dresden, Berlinschtr. 18.

Suche Villa oder Landhaus

mit Garten, bezugsfrei, gegen
Land meist 5-Zimmer-Wohn-
raum. Dresden, Westring, ange-
boten bei: Seeger u. W. P. 15 Op. 5 Bi.

Schloss

gegliedert, 30 Räume, 13 Schill.
Geb. u. Wiese, Größe u. Schiene,
bei ca. 300000 Mark ab verkauft.
Geb. abgetrennt, soll als Schloss,
Haus u. Objekt. Geb. Kauf
auf 1. Objekt. Schloss Kauf,
Wiesbaden.

Landgut

in besserer Wohnlage, abca.
100 Hektar, mit großem un-
erhöhtem Wert, industriell
ausbestimmt, wird gegen ent-
sprechend großes Gut über
Ritterat mit kleinen Böden
u. meistigen Gebüsch abge-
geben. Das Gut braucht
nur leicht auf der
Stütze zu sein. Offerten um
L. 241 an die Str. 5 Bi.

Grundstück

meist groß, Garten u. Park
gut, nicht unter 5 Straßen, zu
kaufen ab: nachst. Grund. An-
gebote und P. 687 an die Schil.
Wiesbaden-Groß. Pirna.

Für zahlungsfähige Käufer

Zins- und Geschäfts-Grundstücke,
Villen und Landhäuser.
S. bitte um ges. Angebote.

Bruno Schmidt, Zirkusstr. 26, I. Tel. 22949
Mitglied des Makler-Verbandes.

Landgasthof oder Restaurant

von höch. Wirtschaft zu kaufen oder zu pachten nebst auch noch
Kantine, Bier-, Off. u. K. B. H. an Schloss, Bockholt, Wiesbaden.

Der etwa 700 qm große unverbaute Teil des Hauses 2015
an der Zwickelstraße soll vom 1. Juli 1922 ab anderweitig ver-
mietet werden. Das fränkische Land ist ungemein reich, liegt in
unverbauter Höhe des Polyleptas und eignet sich für Gagen-
und Bergsteigend. Gänge.
Bewerbsende bis zum 8. April d. J. an den Rat zu
Dresden, Brunnhausstr. 11 Zimmer, Preis 100000 Mark.

Wasserabteilungen

an jedem Wasserabteilung, ab
ca. 1000 qm großer Wasserabteilung, ab
an der Zwickelstraße soll vom 1. Juli 1922 ab anderweitig ver-
mietet werden. Das fränkische Land ist ungemein reich, liegt in
unverbauter Höhe des Polyleptas und eignet sich für Gagen-
und Bergsteigend. Gänge.
Bewerbsende bis zum 8. April d. J. an den Rat zu
Dresden, Brunnhausstr. 11 Zimmer, Preis 100000 Mark.

herrschäfl. Edelj.

Schloss, Schmelz, mit 40 erkt. ausgest. Zimmern. Gute
Geb. Park, Sportplatz, H. 9 Millionen Mark verhältnis-
mäßig. Geb. Kaufpreis 1000000 Mark.

Herrschäfl. Ruhelj.

Schloss, Schmelz, 81 Meter, Combiniert, H. 10.000 Meter, Preis
ca. 1000000 Mark.

Fischer & Co.

Dresden, Anna-Str. 9.

Wie und mit einem großen Transport

erschl. offiziell. Zuch-Milchvieh
bedrohend und trübebecken, in unserm Milch-, Pirna,
Waisenhausstraße, eingezogen. Wir stellen ebenfalls nach
Abbau der Quarantäne unter besonderer Bedienung zum Ver-
kauf. Schätzlich wird in Zukunft genommen.

Emil Kästner & Co.

mit 3 Ställen, mögl. mit siebt. Rind. Inlett von Fried-
richsberg gesucht. Anschr. u. P. 592 an Alte-Hausen-
strasse & Günter, Dresden.

Zweisitzer

mit 3 Ställen, mögl. mit siebt. Rind. Inlett von Fried-
richsberg gesucht. Anschr. u. P. 592 an Alte-Hausen-
strasse & Günter, Dresden.

Neue Preisliste!

C. Dörmerschmidt,
Ostermühlstr. 9 (Färberei)
Filiiale Lautzumstraße 9

Motoröl "Gullfoss"

"Gullfoss" ist ein Öl aus Island, das
die Motorölqualität erhält.

SLUB

Wir führen Wissen.

SLUB